

23. Sitzung (Sondersitzung)

am Montag, dem 8. März 2021

Inhalt

**Regierungserklärung des Senats zum
Thema: „Bekämpfung des Coronavirus,
der SARS-CoV-2-Pandemie“**

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte.....	2958
Abgeordneter Thomas Röwekamp (CDU).....	2963
Abgeordneter Mustafa Güngör (SPD).....	2966
Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)	2971
Abgeordneter Nelson Janßen (DIE LINKE)	2973
Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP)	2977
Abgeordneter Jan Timke (BIW).....	2979
Abgeordneter Peter Beck (LKR)	2980

Abgeordneter Thomas Jürgewitz (AfD)2982

**Beteiligung der Bremischen Bürgerschaft
beim Erlass von Coronaverordnungen –
Zweite Verordnung zur Änderung der 24.
Coronaverordnung
Mitteilung des Verfassungs- und
Geschäftsordnungsausschusses
vom 5. März 2021
(Drucksache 20/858)**

Abgeordneter Thomas Jürgewitz (AfD)2983

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Sina Dertwinkel, Jens Eckhoff, Carsten Meyer-Heder,
Ute Reimers-Bruns, Klaus-Rainer Rupp, Maja Tegeler.

Präsident Frank Imhoff eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr.

Präsident Frank Imhoff: Einen wunderschönen guten Tag, meine Damen und Herren, heute zur Sondersitzung des Parlaments am Weltfrauentag! Gerade heute möchte ich Ihnen sagen, dass ich mir noch viel mehr Frauenpower in deutschen Parlamenten und auch hier in der Bremischen Bürgerschaft vorstellen kann und auch wünsche.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Meine Damen und Herren, die 23. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist hiermit eröffnet.

Ich begrüße natürlich auch die Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch den Eingang gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei dem interfraktionell vereinbart wurde, ihn nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich insoweit um den Tagesordnungspunkt 2.

Zum Tagesordnungspunkt 2 ist vereinbart worden, dass er ohne Debatte behandelt und dieser Debattpunkt in die Debatte über die Erklärung des Senats einfließen wird.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, M.R.F., Abgeordneter Jan Timke [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Peter Beck [LKR])

Bei einer Enthaltung stelle ich fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, meine Damen und Herren, möchte ich noch jemandem gratulieren, und zwar: Ein Abgeordneter unter uns hat Geburtstag, Heiko Strohmann. Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

**Regierungserklärung des Senats zum Thema:
„Bekämpfung des Coronavirus, der SARS-CoV-2-Pandemie“**

Der Senat hat mit Schreiben vom 4. März 2021 gemäß § 50 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung die Absicht mitgeteilt, eine Regierungserklärung abzugeben.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner erhält das Wort Herr Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte.

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete!

Zunächst möchte ich auch persönlich Ihnen, lieber Herr Strohmann, meine herzlichen Glückwünsche zum Geburtstag aussprechen und ich möchte, vielleicht im historischen Kontext noch etwas wichtiger, allen Frauen hier im Saal, allen Bremerinnen und Bremerhavenerinnen, ganz herzliche Glückwünsche zum Internationalen Frauentag aussprechen! Meine Damen und Herren, gerade heute, nicht nur heute, aber gerade heute ist es noch einmal deutlich zu machen und deutlich zu werden, dass wir die Aufgabe haben, mit allem Nachdruck gemeinsam für die Gleichberechtigung der Geschlechter einzutreten. Es ist notwendig, deutlich zu machen, dass wir persönlich und politisch alles tun, dieses Ziel zu erreichen. Gerade in Zeiten der Pandemie, die mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die insbesondere auch Frauen treffen, deutlich gemacht hat, dass hier noch viel zu tun ist. Am heutigen 8. März also das klare Bekenntnis dazu, in Zeiten der Pandemie und in anderen Zeiten sich klar und deutlich für Geschlechtergerechtigkeit in unserer Gesellschaft einzusetzen.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Meine Damen und Herren, damit bin ich bei dem eigentlichen Thema, der Regierungserklärung.

Erst vor gut einer Woche habe ich im Vorfeld der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, MPK, mit der Kanzlerin eine Regierungserklärung zur Pandemiebekämpfung hier im Parlament abgegeben. Wir haben unter anderem über Schutzstrategien in Kitas und Schulen diskutiert, über das Impfen, über die wachsende Bedeutung des Testens und über Voraussetzungen und Bedingungen für vorsichtige Öffnungsschritte. Wir waren uns dabei immer der Fragilität unserer Überlegungen bewusst. Denn eines haben wir in den letzten Monaten vielfach und schmerzhaft erfahren müssen: Die Pandemie bleibt unberechenbar, sie lässt sich nicht planen, sie lässt nicht mit sich verhandeln.

Heute nun ist es unsere Aufgabe, im Nachgang die Ergebnisse der Bund-Länder-Konferenz und ihre Konsequenzen für das Land Bremen und seine beiden Stadtgemeinden zu diskutieren und zu bewerten.

Meine Damen und Herren, die Konferenz stand, strenggenommen, vor einer „Mission Impossible“: Sie musste einerseits einen Weg aufzeigen, bei dem der notwendige Infektionsschutz, der notwendige Gesundheitsschutz der Bevölkerung auch weiterhin gewährleistet bleibt, gerade auch vor dem Hintergrund der spezifischen Gefahren, die von den neuen Varianten und Mutationen des Virus ausgehen. Denn die erreichten Erfolge bei der Eindämmung und bei der Bekämpfung der Pandemie dürfen auf keinen Fall verspielt werden.

Andererseits war es notwendig, konkrete Öffnungen und Lockerungen zu beschließen und klare Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen. Denn die Menschen sind zunehmend müde und vielen droht nach dem langen Lockdown, die Luft auszugehen. Dabei geht es beileibe nicht nur darum, dass sie keine Lust mehr haben auf Verzicht, keine Lust mehr darauf haben, vorsichtig zu sein, sondern bei ganz vielen geht es schlicht um Fragen der sozialen und der wirtschaftlichen Existenz.

Aus diesem Grund war es neben dem Gebot des Infektionsschutzes auch so erforderlich, ein Signal der Öffnung und damit ein Signal der Hoffnung auszusenden. Meine Damen und Herren, Sie merken und Sie wissen, das sind gegenläufige Anforderungen, deshalb ja auch „Mission Impossible“ oder nahezu „Mission Impossible“. Wenn ich diese Ausgangslage bewerte, diese gegenläufigen Anforderungen und Erwartungen, dann bin ich, das sage ich ganz offen, unter dem Strich mit allen Einschränkungen und Vorbehalten nicht unzufrieden

mit dem, auf das wir uns am vergangenen Mittwoch verständigt haben.

Dabei ist mir vollkommen bewusst, dass die Bewertung der Beschlüsse in Deutschland und auch in Bremen, hier vor Ort, ganz unterschiedlich ausfällt: Die einen finden alles zu schnell mit den Öffnungen und Lockerungen, die anderen viel zu langsam und wieder andere sehen vor allem die vielen offenen Fragen, beklagen die Unübersichtlichkeit und Überkomplexität der gefundenen Regelungen. Ich stehe deshalb hier ganz bestimmt nicht in der Erwartung, dass wir für unsere Entscheidungen hochgelobt werden und viel Zuspruch, geschweige denn euphorische Zustimmung erhalten. Aber ich nehme für mich und meine Kolleginnen und Kollegen in Anspruch, dass wir intensiv darum gerungen haben, alle Aspekte, alle gegenläufigen Aspekte gegeneinander abzuwägen und dass wir uns die Sache und die Entscheidung ganz sicher nicht leichtgemacht haben.

Meine Damen und Herren, konkret hat sich die Bund-Länder-Konferenz auf das Ihnen bekannte fünfstufige Konzept geeinigt, das in den Stufen drei bis fünf auch noch je zwei Szenarien kennt, die von der Inzidenz abhängig sind. Grob gesagt sieht der Stufenplan zwei Wege der Lockerung vor: einen schnellen Weg mit größeren Schritten und einen langsameren Weg mit kleineren Schritten, wenn die Inzidenz zwischen 50 und 100 liegt. Wie gesagt, der schnellere Schritt und der schnellere Weg, wenn die Inzidenz unter 50 liegt.

Das ist die Grundanlage des Konzeptes und auf jedem dieser beiden Wege soll es dann verschiedene Öffnungsschritte hintereinander geben und der jeweils nächste Öffnungsschritt kann erst dann gegangen werden, wenn sich beim vorhergehenden Öffnungsschritt gezeigt hat, dass die Infektionszahlen nicht grundsätzlich und wesentlich ansteigen. Das ist die Logik, die im Kern, denke ich, einfache und nachvollziehbare Logik hinter allem, in der konkreten Ausgestaltung.

Zugegebenermaßen ist es ein komplexes Modell, das die Bund-Länder-Konferenz da beschlossen hat. Dabei muss man ehrlicherweise sagen, dass beide Wege, ob der schnellere bei unter 50 und der langsamere zwischen 50 und 100 Inzidenz, nicht zwingend nur nach vorn, nur in eine Richtung führen. Natürlich hoffen wir alle auf ein stetiges Vorranschreiten bei den Öffnungen und Lockerungen. Aber es kann auch sein, und niemand kann das ausschließen, dass das Infektionsgeschehen uns zwingt, wieder Schritte zurückzugehen. Auch das

gehört zur Logik von Stufenplänen. Dass sie nicht nur in die eine Richtung wirken, sondern dass sie bei einer Verschlechterung der Infektionslage auch in die andere Richtung wirken können.

Und, auch das gehört zur Wahrheit dazu: Allen Planungen zum Trotz werden wir in Bremen unsere Entscheidung nicht völlig autonom treffen können. In bestimmten Bereichen, insbesondere im Bereich des Einzelhandels, sind wir auf eine enge Abstimmung mit dem Land Niedersachsen und mit unseren Nachbargemeinden angewiesen, um kontraproduktiven grenzüberschreitenden Einkaufstourismus zu verhindern. Wie das im Einzelnen dann genau aussieht, bei welchen Inzidenzkonstellationen, das bleibt abzuwarten, aber es ist dringend erforderlich, sich deutlich zu machen: Ohne abgestimmtes Vorgehen – vielleicht nicht im Bereich des Kindersports, da kann man eigenständig vor Ort entscheiden –, insbesondere im Bereich des Einzelhandels, kann und wird die Sache nicht funktionieren.

Meine Damen und Herren, leider erlaubt es das Infektionsgeschehen im Land Bremen wie in der großen Mehrheit der anderen Bundesländer auch derzeit nicht, den schnellen Weg der Lockerung zu beschreiten. Die Inzidenz liegt weder im Land noch in einer der Stadtgemeinden stabil unter 50 und es ist ehrlicherweise auch nicht abzusehen, dass dieser Zustand in den nächsten Tagen erreicht werden wird. Eine stabile Lage unter 50 – nicht, dass man einmal an einem Tag darunterliegt, sondern dass es stabil unter 50 liegt –, lässt sich im Moment von niemandem prognostizieren. Die Entwicklung der Zahlen war in den letzten Tagen auch durchaus uneindeutig.

Gleichwohl – das möchte ich an dieser Stelle hervorheben – sind schon jetzt wichtige Öffnungen und Lockerungen möglich, nämlich weil sie inzidenzunabhängig sind oder weil sie an eine Inzidenz zwischen 50 und 100 geknüpft sind, die an etlichen Punkten dem entsprechen, was wir das letzte Mal hier in der Bürgerschaft diskutiert haben. Zu nennen sind insbesondere: Erste Öffnungsschritte im Handel durch die Einbeziehung der Buchläden, Blumenläden und Gartenmärkte in den Kreis der Geschäfte des täglichen Bedarfs und vor allem durch die Ermöglichung des sogenannten Termin-Shoppings. Das ist sicherlich nicht für alle Händler der große Wurf, aber für viele doch ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Zweitens sind die Lockerungen bei den körpernahen Dienstleistungen zu nennen, die über die Wiederaufnahme des Friseurbetriebs hinausgehen, der Einstieg in die Öffnung beim Sport, insbesondere für Kinder, erste kontrollierte Öffnungen in Galerien und Museen und vor allem behutsame Lockerungen bei den Kontaktbeschränkungen. Das war ja ein Punkt, den haben wir ja beim letzten Mal intensiv diskutiert und das war der Wunsch aller Fraktionen, bei Unterschieden im Detail, dass sich da etwas tun sollte, weil die bisher geltende Regelung „ein Haushalt und eine zusätzliche Person“ durch die Bank als wenig praktisch und lebensnah empfunden wurde.

Wenn sich jetzt wieder fünf Personen aus zwei Haushalten treffen können, dann ist das ganz sicher keine übertrieben große Lockerung und manch einer hätte sich sicherlich noch mehr gewünscht, aber im praktischen Leben macht es doch einiges leichter: Künftig nämlich können beispielsweise Familien wieder ihre Großeltern einladen oder besuchen und zwei befreundete Paare dürfen sich wieder treffen, ohne dass sie vorher die Münze werfen müssen, um zu entscheiden, wer von den vieren heute Abend zu Hause bleiben muss.

Einige der genannten Öffnungen und Lockerungen sind derzeit noch auf die Stadt Bremen beschränkt, weil die Inzidenz in Bremerhaven über dem Wert von 100 liegt. Aber wenn ich mir die Entwicklung der letzten Tage anschau, dann bin ich optimistisch, dass sich das demnächst ändern wird. Darüber bin ich sehr erleichtert und das freut mich für die Seestadt, denn glauben Sie mir, ich weiß aus eigener Erfahrung nur zu gut, wie hohe und sehr hohe Infektionszahlen an den Nerven aller Beteiligten zerren. Das ist keine Situation, in der man sich gern befindet.

Meine Damen und Herren, um bei allen Öffnungsschritten die Risiken von neuen Infektionsketten so gering wie möglich zu halten, sind wir mit den Anbietern zweier Apps im Gespräch, die die Kontaktnachverfolgung im Falle einer Infektion deutlich erleichtern würden. Dazu gehört die App „Luca“, ein bundesweites Angebot, das eher für größere Veranstaltungen konzipiert worden ist, dazu gehört aber auch die App „Gast Bremen“ – eine Entwicklung im Auftrag der Bremer Gastro Gemeinschaft e. V., die sich eher für kleine und mittelgroße Restaurants und Kneipen eignet.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich, obwohl ich es schon bei der letzten Regierungserklärung

getan habe, noch ein paar Worte zum Impfen sagen, dem Hoffnungssignal in der Pandemie schlechthin, und wir haben ja auch auf der Bund-Länder-Konferenz einige Zeit mit der Diskussion über dieses Thema verbracht. Viele hat es vielleicht überrascht, aber in Bremen funktioniert das nach wie vor relativ sehr gut. Relativ sage ich, weil im Vergleich zu dem, was in Israel erreicht wurde, insgesamt die Situation in Deutschland ja noch ein gewisses Nachholbedürfnis aufweist. Trotzdem muss man sagen: Unser Bundesland liegt nicht nur im Vergleich aller Länder seit Tagen an der Spitze, hat also im Verhältnis zur Einwohnerzahl insgesamt die meisten Impfungen vorgenommen, unsere Impfzentren sind auch – und das ist für die Akzeptanz und die Impfgeschwindigkeit nicht zu unterschätzen – bislang weder durch Pannen beim Impfen noch bei der Terminvergabe aufgefallen. Während andernorts von vielen Beschwerden zu hören ist, funktioniert die Organisation bei uns weitgehend reibungslos. Und das, obwohl seit eineinhalb Wochen zudem auch noch die Beschäftigten in Kitas, Grundschulen und Förderschulen geimpft werden.

Mein ganz herzlicher Dank geht daher noch einmal an alle Beteiligten. Die Zusammenarbeit von Staat, Hilfsorganisationen und Wirtschaft bei der Organisation der Impfkampagne ist in dieser Form einmalig in Deutschland und klappt hervorragend und darauf können wir zu Recht stolz sein!

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wichtig ist vor allem: Die Impfstofflieferungen nehmen jetzt langsam Fahrt auf. Wenn den Ankündigungen auch Lieferungen folgen, hat BioNTech allein für diesen Monat rund 33 000 Dosen angekündigt, Moderna gut 8 000, AstraZeneca über 25 000. Weitere Impfstoffe stehen kurz vor der Zulassung und deshalb ist es gut, dass wir vorbereitet sind und die Kapazität in unseren Impfzentren kurzfristig weiter hochfahren können.

In etwa zwei Wochen werden wir auch die Hallen 4, 5 und 6 des Bremer Messezentrums zum Impfzentrum umbauen, allein in der Stadt Bremen könnten wir dann bis zu 17 000 Dosen Impfstoff täglich verimpfen und wenn wir einmal den Impfstoff in der Menge haben, dass wir diese Kapazität ausfahren können, dann reden wir tatsächlich nicht davon, dass wir bis zum Ende des Sommers das Durchimpfen hinbekommen haben, sondern dann reden wir davon, dass wir das im Sommer hinbekommen – immer vorausgesetzt, dass tatsächlich

der Impfstoff in den versprochenen Mengen auch geliefert wird.

Meine Damen und Herren, in manchen Medien ist deshalb, wegen dieser Zahl, von Deutschlands größtem Impfzentrum die Rede. Ich habe das, ehrlich gesagt, nicht nachgeprüft, es ist auch nicht so wichtig; entscheidend ist, dass in Bremen und Bremerhaven die Menschen, so schnell es geht, vor dem Virus geschützt werden. Ganz konkret merken das schon jetzt viele Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer. In der Stadt Bremen sind mehr als 3 000 Erzieherinnen und Erzieher geimpft, weitere 2 000 haben einen sicheren Termin vereinbart. Von den Lehrkräften haben etwa 3 000 einen Termin und die ersten auch schon eine Impfung. In Bremerhaven, das sei ergänzt, geht es auch in dieser Woche los.

In Bremen und Bremerhaven werden Ende dieser Woche alle über 80-Jährigen eine Einladung zu einem Impftermin bekommen haben und – nachdem der Bund endlich die Voraussetzungen geschaffen und die Impfverordnung entsprechend angepasst hat – es werden jetzt auch die Menschen mit Vorerkrankungen kurzfristig einen Impftermin angeboten bekommen, weil wir von den Krankenkassen die entsprechenden Daten erhalten können.

Damit noch mehr Menschen so schnell wie möglich zumindest eine Erstimpfung erhalten können, hat die Bund-Länder-Konferenz beschlossen, die Intervalle zwischen der Erst- und der Zweitimpfung so weit wie möglich auszudehnen. Und die Ständige Impfkommission hat sich – wie ich finde: richtigerweise – dafür entschieden, den AstraZeneca-Impfstoff nun auch für Menschen zu empfehlen, die älter als 65 sind. Beides wird dazu beitragen, dass wir mehr Tempo beim Impfen insbesondere unserer älteren und vorerkrankten Mitbürgerinnen und Mitbürger machen können.

Schließlich und abschließend sprechen wir auch mit den niedergelassenen Ärzten, wie sie die Impfkampagne nach Kräften unterstützen und die Impfzentren entlasten können, insbesondere sobald Impfstoff in ausreichender Menge vorhanden ist. Sie sehen, meine Damen und Herren, das gibt durchaus ein rundes Bild. Bremen ist beim Impfen auf einem guten Weg!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, neben dem Impfen ist die zweite Säule, die es uns erlaubt, jetzt weitere Öffnungs- und Lockerungsschritte zu gehen, das

Testen. Der Einsatz von Schnelltests – ob in der Form des Fremdschnelltests oder des Selbstschnelltests – kann dazu beitragen, Räume zu schaffen, in denen sich die Menschen wieder sicherer bewegen können. Konkret haben Bund und Länder deshalb am vergangenen Mittwoch vereinbart, dass allen Schülerinnen und Schülern und allen Beschäftigten in Schulen und Kinderbetreuung einmal pro Woche ein Schnelltest angeboten werden soll. Damit wird nachvollzogen, was wir in Bremen bereits beschlossen und eingeleitet haben, mit einem wichtigen Unterschied: Hier sollen es sogar zwei Tests pro Woche sein. Die Senatorin für Kinder und Bildung hat deshalb bereits 1,3 Millionen dieser Schnelltests eingekauft, die einen wesentlichen Beitrag dazu leisten sollen, den Präsenzunterricht unter Pandemiebedingungen sicherer zu machen.

Auch alle anderen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sollen, soweit sie nicht im Homeoffice arbeiten, die Möglichkeit bekommen, sich kostenlos testen zu lassen, zunächst einmal pro Woche. Bremen ist sich da seiner Verantwortung als Arbeitgeber sehr wohl bewusst und nimmt diese Rolle an. Wir erwarten aber – im Einklang mit den Beschlüssen der Bund-Länder-Konferenz – dass auch alle anderen Arbeitgeber ihrer Verantwortung gerecht werden und ihren Beschäftigten mindestens einmal pro Woche einen Schnelltest anbieten. Das dient nicht nur dem Gesundheitsschutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern das hilft insgesamt bei der Bekämpfung der Pandemie. Das ist nicht nur eine unternehmensbezogene, sondern auch eine gesellschaftspolitische Aufgabe.

Außerdem haben sich Bund und Länder dazu verpflichtet, es spätestens ab Anfang April allen Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, sich einmal pro Woche kostenlos testen zu lassen, auch wenn sie nicht bei einem Unternehmen beschäftigt sind, das dies anbietet, und wenn sie die Tests nicht in der Schule oder in der Kita erhalten. Wichtig ist dabei, dass der Bund seine Zusagen zur Finanzierung, zur Unterstützung bei der Beschaffung sowie insbesondere zur Zulassung von Tests zeitnah einhält.

Der Senat wird sich morgen damit befassen, wo sich die Menschen in Bremen und Bremerhaven testen lassen können, und alles daransetzen, dass schon in dieser, spätestens aber in der folgenden Woche regelmäßige Schnelltests angeboten werden. Es sieht jetzt danach aus, dass mit den ersten Testzentren die Verträge so geschlossen werden, dass es hier in Bremen schon ab Mittwoch möglich ist, das Angebot einer kostenlosen Schnelltestung wahrzunehmen. Damit sind wir dann sehr zeitnah

mit der Umsetzung dabei. Ob das dann schon die Endzahl der Testzentren sein wird oder ob die sich dann in den nächsten Tagen noch weiter erhöhen wird, ich glaube, Letzteres wird der Fall sein – das Ziel ist, schon ab dem 10. März ein Angebot zu haben für alle Bürgerinnen und Bürger, wo sie sich kostenlos testen lassen können.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, mit der Kombination aus mehr impfen und mehr testen legen wir die Grundlage dafür, die Pandemie endgültig in den Griff zu bekommen, legen wir die Grundlage dafür, dass die Inzidenzzahlen stabil bleiben oder möglichst sinken, legen wir die Grundlage für Öffnungen und Lockerungen.

Richtig ist aber auch: Gewinner erkennt man im Ziel und nicht auf der Strecke und endgültig gewonnen, meine Damen und Herren, ist ja leider noch nichts. Ich habe es eben schon betont, die Pandemie bleibt unberechenbar. Wir hoffen es nicht, aber wir wissen es nicht, wie sich die zukünftige Entwicklung gestalten wird.

Und noch einmal in aller Deutlichkeit: Sollten die Infektionszahlen in den nächsten Wochen wieder deutlich ansteigen, dann werden wir auch wieder Schritte zurückgehen müssen. Es ist so: Die Öffnungen unter den Bedingungen von Impfen und Testen sind notwendig, um eine Perspektive zu bieten, aber da der Infektionsschutz weiter notwendig bleibt, ist es wichtig, sich das Infektionsgeschehen immer genau anzusehen und zu schauen, wie es sich entwickelt. Diese Ehrlichkeit muss immer da sein, weil man ja sonst hinterher sagt: Wieso habt ihr eure Meinung denn geändert? Vor drei Wochen wolltet ihr doch noch das und jetzt macht ihr etwas anderes. Ja, wenn sich die Sachlage ändert, meine Damen und Herren, dann müssen sich natürlich auch die Maßnahmen ändern, alles andere wäre hochgradig irrational.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Aber wir wollen natürlich nicht, dass es so weit kommt. Wir wollen das vermeiden, wir wollen, dass wir auf dem Weg der Öffnung und der Lockerung voranschreiten können und nicht, dass wir wieder eine Rolle rückwärts machen müssen, und deshalb, meine Damen und Herren: Lassen Sie uns weiterhin vorsichtig und umsichtig sein. Lassen Sie uns weiterhin verantwortungsvoll handeln. Lassen Sie

uns die jetzt eröffneten Perspektiven nicht leichtsinnig aufs Spiel setzen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thomas Röwekamp.

Abgeordneter Thomas Röwekamp (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer auch immer in Deutschland, in Bremen seinen Amtseid für ein öffentliches Amt leisten muss, auf das Grundgesetz oder unsere Landesverfassung, muss geloben oder schwören, Schaden von der Bevölkerung abzuwenden und den Nutzen für die Bevölkerung zu mehren. So oder ähnlich steht es in allen Verfassungen der Länder und so oder ähnlich lässt sich auch das Spannungsfeld beschreiben, in dem wir als Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft – aber auch die Landesregierung und natürlich die Bundesregierung – unsere derzeitigen Handlungen ausrichten.

So differenziert die Lage auf der Welt, in Europa und Deutschland ist, so differenziert waren auch die Erwartungen an die Runde der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin am vergangenen Mittwoch und auch wir haben in der davor stattgefundenen Parlamentssitzung viel Einigkeit gefunden. Insbesondere haben wir eines gemeinsam für notwendig erachtet, nämlich, dass es weiterhin gelingt, dass die fortdauernden Maßnahmen, die gerade im Hinblick auf die Grundrechte der Menschen in Bremen, Bremerhaven, aber auch in Gesamtdeutschland von erheblichem Gewicht sind, abgestimmt und einheitlich erfolgen. Das war, ich war nicht dabei, aber nach übereinstimmenden Berichten von Teilnehmern der Konferenz, am Mittwoch nicht ganz einfach zu vereinbaren, weil die Ausgangssituationen in den jeweiligen Ländern natürlich unterschiedlich sind, und deswegen die Erwartungshaltungen an das, was man gemeinsam verabreden kann, auch sehr unterschiedlich waren. Ich bleibe dabei, wie bisher auch: Diese Pandemie lässt sich nur dann bekämpfen, wenn wir weiter im engen Schulterschluss der Bundesländer, abgestimmt mit den Maßnahmen der Bundesregierung, gemeinsam an einem Plan arbeiten, und deswegen begrüßen wir es als CDU-Fraktion, dass es am Mittwoch wieder gelungen ist, trotz aller unterschiedlichen Bewertungen zu einer gemeinsamen Verständigung zu kommen. Ganz herzlichen Dank dafür, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Ich bekenne aber genauso freimütig, dass mich von dem, was dort beschlossen worden ist, nicht alles überzeugt. Ich hatte für die CDU-Fraktion schon bei der Verschärfung der Kontaktbeschränkungen vor Weihnachten angemerkt, dass wir keinen Mehrwert darin sehen, die Kontakte gerade über die Feiertage noch weiter, auf lediglich eine weitere Person aus einem anderen Haushalt, zu beschränken, und wir uns gewünscht hätten, dass es bei den bis dahin geltenden Kontaktbeschränkungen, die seit gestern wieder gelten, bleibt.

Ich glaube unverändert, dass der massivste Grundrechtseingriff in der Beschränkung der Menschen in ihren Begegnungen, ihren sozialen Kontakten, ihrer persönlichen Freiheit liegt. Bei allem Verständnis auch für die weiteren Einschränkungen der Religionsfreiheit, des Rechts auf Berufsausbildung, Berufsausübung und alles, was wir aus dem Grundrechtskatalog kennen: Menschen vorzuschreiben, mit wem sie sich treffen können, ist unverändert der gravierendste Eingriff. Ich hätte mir gewünscht, dass die Ministerpräsidentenkonferenz auch dafür einen weiteren Stufenplan vorlegt. Wir wissen jetzt, fünf Personen aus zwei Haushalten ist wieder möglich, aber ich sage, für die CDU-Fraktion muss auch bei weiteren Öffnungsschritten eine weitere Lockerung der Kontaktbeschränkungen an allererster Stelle stehen.

Die zweite Kritik an dem Stufenplan, der verabredet worden ist, ist, dass unverändert ausschließlich auf die Inzidenz als Bewertungsmaßstab abgestellt wird. Das war zu Beginn der Pandemie richtig, als es darum ging, sicherzustellen, dass unsere Gesundheitsbehörden in der Lage sind, die Kontakt-rückverfolgung zu gewährleisten. Wir wissen, dass dieses System im letzten Jahr zwischendurch auch in Bremen vollständig außer Kontrolle geraten ist, aber nach übereinstimmenden Angaben aus den meisten Gesundheitsämtern ist diese Rückverfolgung wieder uneingeschränkt möglich.

Aber, meine Damen und Herren, es gibt mittlerweile weitere Entwicklungen, die es erforderlich und, wie vom RKI empfohlen, auch notwendig machen, zusätzliche Faktoren in die Bewertung der derzeitigen Gefährdung durch die Pandemie einfließen zu lassen. Da ist zunächst einmal die Frage der Auslastung unserer Intensivbettenkapazitäten. Nach dem heutigen Bericht nimmt Bremen übrigens seit Tagen schon, heute mit Berlin gemeinsam, einen unverändert besorgniserregenden Spit-

zenplan ein. Außer in Berlin und Bremen sind nirgendwo so viele Intensivbetten gebunden durch COVID-19-Patienten. Das hat natürlich auch seine Ursache in der oberzentralen Funktion, dass wir diese Kapazitäten nicht nur für Bremerinnen und Bremer und Bremerhavenerinnen und Bremerhavener zur Verfügung stellen, sondern auch für die Versorgung der uns umgebenden Landkreise. Aber es bleibt dabei, dass das natürlich ein besorgniserregender Faktor ist. Wenn der Anteil der beatmeten Patienten auf Intensivstationen noch weiter als über 60 oder in Berlin jetzt über 70 Prozent steigt, kommen wir mit den Versorgungsqualitäten und den Versorgungsmöglichkeiten für diese Notfälle in Bedrängnis und das wäre der größte anzunehmende Unfall. Wir haben hierüber im Parlament schon mehrfach gesprochen: Wir dürfen nicht in die Situation geraten, dass Ärzte darüber entscheiden müssen, welches Leben sie retten und welches sie aufgeben müssen, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU, DIE LINKE)

Die Rückverfolgbarkeit bleibt ein ganz wesentliches Kriterium. Wir sehen gerade in Bremerhaven, wie schnell es aufwärts und wieder abwärts gehen kann, und zwar nicht, weil sie einen flächendeckenden Ausbruch in der Stadtgemeinde Bremerhaven haben, sondern wie wir Infektionsherde klar in einem bestimmten Pflegeheim – das kann man, glaube ich, an dieser Stelle sagen – und zwei bis drei lebensmittelverarbeitenden Betrieben eingrenzen können. Wenn wir dort die Rückverfolgbarkeit lückenlos garantieren können, gibt es auch weniger Anlass zu sagen: Wir müssen jetzt 115 000 Einwohnerinnen und Einwohner in zusätzliche Quarantänemaßnahme oder Ausgangsbeschränkungen – oder was auch immer ab einer Inzidenz ab 200 gegebenenfalls erforderlich sein sollte – zwingen. Deswegen bleibt die Rückverfolgbarkeit unverändert auch für die Frage, welche grundrechtsbeschränkenden Maßnahmen können wir lockern und welche können wir zurücknehmen, ein ganz entscheidendes Kriterium. Ich hätte mir daher gewünscht, dass das Modell des Robert-Koch-Instituts, so komplex es auch ist, stärkeren Eingang in die Beratung zwischen der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder gefunden hätte. Ich weiß, dass das diskutiert worden ist, Herr Bürgermeister, und dass die Auffassungen dazu sehr unterschiedlich waren. Ich weiß auch, dass auch das nicht der Weisheit letzter Schluss ist, weil das natürlich in dem Moment, in dem wir insbesondere

durch niedersächsische Patienten eine hohe Auslastung an Intensivbetten haben, wenig über das Infektionsgeschehen in unserem Bundesland aussagt. Aber ich hätte mir gewünscht, es wäre auf jeden Fall aus unserer Sicht besser gewesen, dieses differenzierte Bewertungssystem zum Maßstab zu nehmen anstatt der Inzidenz, zumal es zunehmend Verwirrung darüber gibt, welche Zahl richtig ist. In den Entwürfen, die bekannt geworden sind, galt als Stufe für Lockerungen eine 7-Tage-Inzidenz von unter 35, daraus wurde jetzt unter 50.

Ich vermute, das hängt damit zusammen, dass Kritik an der reinen Inzidenzlastigkeit der Analyse geäußert worden ist, so ist es zumindest von Teilnehmern berichtet worden, aber es bleibt trotzdem eine gegriffene Zahl, die aus Sicht unserer Fraktion die Wirklichkeit des Infektionsgeschehens nur eingeschränkt abbildet. Wir haben deswegen die Hoffnung, dass bei den weiteren Beratungen, Herr Bürgermeister, am 22. März noch einmal der Versuch unternommen wird, einem Lockerungsplan ein differenzierteres und stärker auf die jeweiligen Infektionsgeschehen ausgerichtete Bewertungssystem zugrunde zu legen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Die Regelung, welche Bereiche jetzt von den weitreichenden Grundrechtseinschränkungen Stück für Stück ausgenommen werden, ist aus Sicht der CDU-Fraktion auch nicht durchweg gelungen. Die Kritik dazu hat Sie alle erreicht. Vielleicht können Sie mir helfen, was ich dem Einzelhändler sagen soll, warum ein Büchergeschäft öffnen kann und ein Schuhgeschäft nicht. Ich für mich persönlich kann das gut erklären, ich bin öfter im Buchgeschäft als im Schuhgeschäft, mir kommt die Regelung entgegen, aber so richtig mit dem Infektionsgeschehen vereinbar und erklärbar ist das alles nicht. Deswegen hätte ich mir gewünscht, dass es gelungen wäre, nicht so sehr auf einzelne Sektoren der Wirtschaft zu blicken, sondern insgesamt Kriterien zu entwickeln, wie alle gleichermaßen, wenn auch in kleinen Schritten, von Lockerungen profitieren können. Oder nehmen Sie das Beispiel Außensport. Auch da gilt für mich persönlich, ich mache öfter Außensport, als dass ich in der Außengastronomie esse. Warum jetzt Außensport mit einer Gruppe möglich ist, aber die Bewirtung in der Außengastronomie mit Hygienekonzept nicht möglich sein soll, das wiederum kann ich nur schwer vermitteln und erklären. Das alles führt dazu, dass ich sage, es ist aus meiner Sicht falsch, ungerecht

und schwer zu vermitteln, dass wir die Beschränkungen nicht für alle gleichermaßen zurücknehmen, sondern es sektoral machen, meine Damen und Herren. Auch hier hätte aus Sicht der CDU-Fraktion ein breiter angelegtes Stufenkonzept eine höhere Akzeptanz bei den Menschen gefunden.

(Beifall CDU)

Ja, der Schlüssel gegen die Pandemie ist das Impfen. Ich bin sicher, wir werden zu gegebener Zeit noch weiter aufarbeiten, wer wann welche Impfdosen bestellt, ausgeliefert, verfügt, reserviert hat und ob es schlauer gewesen wäre, einen deutschen Alleingang zu wagen, als mit der Europäischen Union gemeinsam diesen Weg zu bestreiten. Ich bleibe dabei, auf alles gesehen, glaube ich, ist es richtig und vernünftig, dass wir in Europa zusammengeblieben sind, dass wir keinen Wettbewerb der Länder eröffnet haben, wer den schnellsten und vielleicht auch dann den teuersten Impfstoff bestellt.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Teurer ist es nicht, zu impfen!)

Nein, aber teurer ist es, höhere Preise zu bezahlen, weil man schnell und viel geliefert bekommen will, wie es beispielsweise Länder, die jetzt immer wieder genannt werden, wie Israel, gemacht haben. Die haben einen deutlich höheren Preis gezahlt, im Übrigen nicht nur in Geld, sondern auch, indem sie vollständige Gesundheitsdaten ihrer Einwohnerinnen und Einwohner Pharmaunternehmen überlassen haben und damit sozusagen gläserne Verhältnisse bei der Bevölkerung Israels geschaffen haben. Ob das für uns ein gangbarer Weg gewesen wäre? Mit den Grünen sicher nicht, da bin ich mir ganz sicher, aber auch insgesamt, glaube ich, muss man sich immer überlegen, welchen Preis man zahlt.

Ich kann nur sagen, ich bin froh, dass das Impfen an Fahrt gewinnt. Ich freue mich, dass Bremen bisher bei der Impfquote vorne dabei ist, verbinde damit aber die Erwartung, dass das auch in Anbetracht der jetzt zu erwartenden großen Mengen an Impfstoff so bleibt, Herr Bürgermeister. Auch wenn es im Impfzentrum organisatorische Veränderungen geben sollte – das Modell, das Sie eben als so erfolgreich beschrieben haben, wird hinter den Kulissen verändert werden –, haben wir als CDU-Fraktion die Erwartung, dass alle Impfdosen, die nach Bremen und Bremerhaven geliefert werden, auch tatsächlich und zeitnah verimpft werden. Wir müssen das sicherstellen!

(Beifall CDU)

Das gilt auch für das Testen. Auch da wird sicherlich irgendwann noch einmal geschaut werden können, wann waren welche Schnelltests welcher Qualität zugelassen, bestellt, beschafft, geliefert und angewendet, aber ich will an dieser Stelle auch noch einmal sagen, dass wir zurzeit in Deutschland in dieser Lage vieles möglich machen, was noch vor zwei Jahren völlig unvorstellbar gewesen wäre. Dass die Bundesregierung die Zusage gibt, die Bürgertests vollständig zu bezahlen, reiht sich ein in eine Kaskade von Entscheidungen: Die Gesundheitsämter, die kommunalen Gesundheitsämter mit Mitteln des Bundes personell aufzurüsten, Einnahmeausfälle bei den kommunalen Krankenhäusern und allen frei gemeinnützigen Einrichtung aus Bundesmitteln zu ersetzen, sie reiht sich darin ein, dass es plötzlich über Nacht möglich war, iPads für alle Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte zu beschaffen, übrigens auch aus Mitteln des Bundes. Also, wir bringen und würfeln unseren Föderalismus zurzeit, was Kompetenzen und Finanzierungswege betrifft, ganz ordentlich durcheinander, meine Damen und Herren.

(Zuruf Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD])

Deswegen bin ich froh, dass der Bund letzte Woche Mittwoch in der Konferenz die Zusage gegeben hat, diese freiwilligen Tests auch zukünftig einmal die Woche vollständig zu bezahlen. Das ist richtig, damit auch hier überall in Deutschland die gleichen Maßstäbe gelten, vom Norden bis zum Süden.

(Beifall CDU)

Ich gebe zu, ich hätte mir gewünscht, dass Bremen auf diesen Schritt so vorbereitet gewesen wäre wie Hamburg, Bayern oder Berlin, um einmal drei politische Pole aus unserem föderalen Konstrukt zu nehmen. Berlin und Hamburg bieten diesen Test seit heute an, Bayern bietet den kostenlosen Schnelltest schon sehr viel länger einmal die Woche an. Es wäre schön gewesen, Herr Bürgermeister, wir wären auch schon heute mit am Start gewesen, wie es Ihr Amtskollege in Hamburg geschafft hat. Aber wenn Sie diese Woche bis Mittwoch noch nachlegen, glaube ich, kann man das noch verkraften. Aber ich will die Erwartungshaltung ausdrücklich auch für die CDU-Fraktion deutlich machen: Mit diesen Schnelltests hängt nicht nur die Frage der weiteren Öffnungsschritte hinsichtlich der Grundrechtseinschränkungen zusammen, sondern davon hängt auch die Akzeptanz der ganzen Maßnah-

men, die wir miteinander besprechen, ab und deswegen ist es ganz entscheidend, dass wir auch beim Testen schneller werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Lassen Sie mich am Schluss aus gegebenem Anlass und unter Bezug auf meinen Redeanfang vielleicht noch sagen: Schaden von der Bevölkerung abzuwenden und ihren Nutzen zu mehren, beschreibt den Spagat zwischen weiter vertretbaren Beschränkungen von individuellen Freiheiten auf der einen Seite und dem Gesundheitsschutz auf der anderen Seite. Ich finde, dass die Besprechung mit der Bundeskanzlerin und mit den Ministerpräsident*innen diesen Erwartungen im Saldo gerecht worden ist. Klar, die beiden Pole werden damit nicht zufrieden sein. Die Epidemiologen und Wissenschaftler halten diese Öffnungen für zu weitgehend, die Betroffenen, insbesondere die Verbände und die Wirtschaft, halten sie in Teilen für nicht ausreichend. Der politische Kompromiss ist immer der Ausgleich unterschiedlicher Interessen und kann deswegen weder die einen noch die anderen Erwartungen vollständig erfüllen.

Die Debatte der letzten Stunden zeigt aber auch, dass nicht jeder Amtsträger diesen Spagat, den Nutzen der Bevölkerung zu mehren und Schaden von ihr abzuwenden, so verstanden hat, wie er eigentlich in den Verfassungen der Länder gemeint ist. Deswegen will ich an dieser Stelle ausdrücklich sagen: Den Abgeordneten, denen es nicht darum ging, den Nutzen ihrer Entscheidung für die Bevölkerung zu mehren, sondern den Nutzen für sich selbst zu mehren, haben in unserem demokratischen System keinen Platz, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Es ist nicht nur persönlich unanständig und eine individuelle Verfehlung, sondern wer glaubt, dass er als Parlamentarier in einer Notlage mit der Not der Menschen auch noch Geschäfte und Gewinne machen kann, hat in den deutschen Parlamenten nichts verloren, und deswegen distanzieren wir als CDU-Bürgerschaftsfraktion uns geschlossen von den ehemaligen Kolleginnen und Kollegen, die das in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Demokratie und mit dem Nutzen für die Allgemeinheit nicht so richtig ernst genommen und sich persönlich bereichert haben, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, DIE LINKE)

Abschließend lassen Sie mich sagen, wir werden zeitnah wieder miteinander reden müssen. Am 22. März wird die nächste Konferenz der Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen mit der Bundesregierung stattfinden und da wird es darum gehen, zu evaluieren, wie sich die bisherigen vorsichtigen Maßnahmen in den nächsten Tagen entwickelt haben werden. Ja, ich sehe mit großem Interesse die Freude in Schleswig-Holstein, dass der Einzelhandel wieder öffnen kann, weil die schon seit Wochen eine stabile Inzidenz unter 50 haben. Aber machen wir uns nichts vor, meine Damen und Herren, der Eindruck, dass die Pandemie damit bewältigt sei, der täuscht. Es wird noch eine ganze Zeit lang dauern, bis das Leben so zurückkehrt, wie es vor über einem Jahr unseren Alltag bestimmt hat. Wenn wir aber weiter gemeinsam solche ausgleichenden und gerechten Entscheidungen treffen, bin ich sicher, werden wir auch in Bremen die Pandemie gut und mit möglichst geringem Schaden überstehen. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Mustafa Güngör.

Abgeordneter Mustafa Güngör (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist jetzt gut zwei Wochen her, dass wir hier im Parlament die Coronabeschlüsse diskutiert haben. Seitdem ist einiges passiert und es zeigt sich heute, dass wir den Lockdown bis zum 28. März verlängern und dabei jedoch auch schrittweise Öffnungen vornehmen können. Wie so häufig haben sich einige mehr erhofft, andere halten Lockerungen ohne genauere Erkenntnis über die Mutante für verfrüht. Diese Ministerpräsidentenkonferenz wird man wahrscheinlich rückblickend als eine der schwierigsten bezeichnen.

Jeder demnächst oder heute beginnende Lockerungsschritt darf nicht falsch interpretiert werden. Die Coronapandemie ist bei Weitem noch nicht überstanden. Seit Wochen stagnieren die Inzidenzzahlen auf einem Niveau von circa 60, zu hoch, um guten Gewissens weitreichende Lockerungen vorzunehmen, aber nun einmal auch zu niedrig, um die bisherigen Einschränkungen dauerhaft aufrechtzuerhalten.

(Vizepräsidentin Sülmez Dogan übernimmt den Vorsitz.)

In Bremen ergibt sich ein gemischtes Bild. Während wir in der Stadt Bremen einen Inzidenzwert

um die 60 haben, ist der Wert in Bremerhaven in den vergangenen Wochen stark angestiegen. Zum Glück ist die Bremerhavener Inzidenz in den letzten Tagen auch wieder gesunken. Gleichzeitig steigt aber der Anteil der Virusmutationen kontinuierlich. In Bremen haben wir inzwischen einen Anteil von 50 Prozent, in denen der mutierte Virus nachgewiesen werden kann. Das bedeutet, es ist weiterhin Vorsicht geboten, meine Damen und Herren!

Diese Ministerpräsidentenkonferenz hat aber eine Perspektive aufgezeigt, erstmalig mit dem MPK-Beschluss wurde etwas vorgelegt, das viele seit Langem gefordert haben, einen Plan, der aufzeigt, wohin die Reise gehen kann. Ich weiß, dass es nicht einfach ist, und ich finde die Kritik an den Abstufungen auch zum Teil überzogen. Der Einzelhandel, die Gastronomie, die gesamte Sport- und Kulturbranche können sich jetzt darauf vorbereiten und die Öffnungs- und Schließungsszenarien sind, finde ich, für alle nachvollziehbar.

Natürlich ist es mit dem neuen Stufenplan etwas komplizierter geworden, aber die Pandemie ist nun einmal auch nicht einfach zu bewältigen. Es gilt weiterhin, was auch bisher galt: Vorschnelle Öffnungen nutzen niemandem, wenn das Infektionsgeschehen danach wieder in die Höhe schnell. Deshalb ist es wichtig, dass eine Notbremse eingebaut wurde, nämlich bei drei aufeinanderfolgenden Tagen mit einer Inzidenz von über 100. Das ist aus meiner Sicht auch angemessen.

Ich finde es richtig, dass Niedersachsen und Bremen auch weitestgehend im Gleichschritt öffnen möchten. Damit wird die Abstimmung zwar komplexer und schwieriger, verhindert aber effektiv den Tagestourismus und möglicherweise auch größere Menschenansammlungen.

Meine Damen und Herren, die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz hat Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte ja bereits ausführlich erklärt, deswegen möchte ich versuchen, einige Entwicklungen und deren Folgen noch einmal hervorzuheben. Der Lockdown wird bis zum 28. März verlängert. Das trifft viele Betriebe und Unternehmen weiterhin hart. Für einige wird dies mit Sicherheit auch das Aus bedeuten. Bei den Friseurläden ist das bereits sichtbar geworden. Während sich alle vielleicht auch darüber gefreut haben, dass der Friseur, die Friseurin wieder aufmacht, konnte man sehen, welche Friseure nicht mehr aufgemacht haben. Die Gründe dafür sind sicherlich vielfältig. Ei-

nige sind durch das Raster der Überbrückungshilfen gefallen, bei anderen kam das Geld zu spät und sie sahen sich gezwungen, das Geschäft aufzugeben. Am Ergebnis ändert das aber leider nichts. Sie haben vom eigenen Friseurladen geträumt, auf eigene Faust gegründet und sind auf dem Weg in die Arbeitslosigkeit.

Nach dem Lockdown im letzten Jahr waren in Bremen rund 6 000 Menschen mehr arbeitslos. Vor allem jüngere, gering qualifizierte Menschen haben ihre Arbeit verloren, wurden nicht entfristet oder übernommen. Nach einem Jahr bedeutet das für einige auch schon den Weg in die Langzeitarbeitslosigkeit. Diese Menschen stehen am Anfang ihrer beruflichen Karriere und sind möglicherweise jetzt schon verzweifelt und hoffnungslos.

Welche Effekte der jetzige Lockdown haben wird, kann immer noch nicht eingeschätzt werden. In der Gastronomie oder im Einzelhandel befinden sich etliche Beschäftigte in den letzten Monaten ihres Kurzarbeitergeldbezugs, ehe sie im schlimmsten Fall auch in die Arbeitslosigkeit entlassen werden. Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit können und dürfen wir uns als Gesellschaft nicht leisten. Das, was heute verloren geht, bleibt für lange Zeit verloren, und das ist nicht hinnehmbar.

Meine Damen und Herren, neben den vielfältigen und guten Arbeitsmarktinstrumenten wie LAZLO oder der Ausbildungsplatzgarantie, die wir in Bremen haben, muss der Bund hier aus unserer Sicht mit in die Pflicht genommen werden. Wir dürfen diese Beschäftigten nicht allein lassen, wir müssen Hilfe und Unterstützung anbieten und Verantwortung übernehmen. Förderprogramme, Lohnkostenzuschüsse, eine Stärkung der Ausbildungsangebote, der Weiterbildungsangebote sind hier dringend notwendig. Wir in Bremen werden dafür alles Notwendige tun.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, die Situation im Einzelhandel ist nicht einfach. Hervorzuheben ist, dass der Senat bereits vor dem Beschluss der MPK die Möglichkeit des sogenannten „Date & Collect“ in Bremen geschaffen hat, um für den Einzelhandel eine kleine Wiedereröffnungsperspektive zu schaffen. Viele Menschen haben sich ja in den letzten Wochen und Monaten solidarisch mit den Einzelhändlern vor Ort und der Möglichkeit von „Click & Collect“ eingebracht. Damit unseren Läden in den Quartieren nicht die Puste ausgeht, sollten wir auch mit diesem Instrument unterstützen.

„Date & Collect“ wird aber nicht reichen und nur für einen Teil der Branche umsetzbar sein. Deswegen ist es eine wichtige Maßnahme, die unsere Stadtteilzentren betrifft, dass wir mit dem Aktionsprogramm, das wir auf den Weg gebracht haben, die Quartiere stärken und unterstützen und verhindern wollen, dass Geschäfte und Gastronomie in großem Umfang schließen müssen. Stadtteilkoordinatorinnen und -koordinatoren sollen übergreifend unterstützen und bei der Vernetzung helfen, dafür wurden noch einmal 1,2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Deswegen ist es umso wichtiger, dass wir die Öffnungsschritte vier und fünf aus dem Plan umsetzen können.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, neben den Unterstützungsmaßnahmen sind zwei Dinge besonders entscheidend: Dem Virusgeschehen und seinen veränderten Mutanten müssen wir jetzt mit einem Zweiklang aus Testen einerseits und Impfen andererseits begegnen. Das ist nicht neu, aber Testen und Impfen sind der Schlüssel, um die Tür zurück zur Normalität zu öffnen.

Meine Damen und Herren, Bremen hat in der vergangenen Woche richtungsweisende Entscheidungen getroffen, die nun ja durch die Beschlüsse der MPK bestätigt wurden. Ich denke hier insbesondere an die Impfungen des Personals in Kita und Schule, welche hervorragend angelaufen sind. Der Senat wird bis zu zwei Tests pro Woche für die Beschäftigten in Kitas und Schule sowie die Schülerinnen und Schüler anbieten. Sobald die Lehrkräfte sowie Erzieherinnen und Erzieher von den mobilen Schulungsteams geschult werden, können wir flächendeckend, spätestens ab dem 15. März, auch mit Selbsttests beginnen.

Meine Damen und Herren, ebenfalls konnte sich Bremen in der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Vorschlag positionieren, dass Unternehmen künftig einmal pro Woche einen Schnelltest für ihre Mitarbeitenden anbieten. Natürlich gibt es Menschen, die weder in den Bildungseinrichtungen noch bei ihren Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern getestet werden können. Für diese Menschen wird es ein Angebot geben, welches einen kostenlosen Schnelltest pro Woche ermöglicht.

Neben umfangreichen Testungen steht das Impfen nach wie vor im Fokus der Strategie und es ist ein großer Erfolg, dass in Bremen bis Ostern alle 16 000 Beschäftigten aus den Kitas, Grund- und Förder-schulen geimpft werden sollen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ja, auch dank dieser flächendeckenden Impfung liegen wir im Bundesvergleich bei den Impfungen auf einem der Spitzenplätze. Ja, eine gute Nachricht ist auch, dass der Impfstoff AstraZeneca für Personen über 65 Jahre zugelassen wurde. Im Übrigen möchte ich doch anlässlich des Internationalen Frauentages hier ausdrücklich betonen, es waren drei Frauen, die maßgeblich an der Entwicklung der bisher zugelassenen Impfstoffe beteiligt waren, Sarah Gilbert für den Impfstoff AstraZeneca, Özlem Türeci bei BioNTech/Pfizer und Kizzmekia Corbett bei Moderna.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, etwas enttäuscht war ich allerdings über den zeitlichen Horizont, der zu den Impfungen durch die niedergelassenen Hausärztinnen und -ärzte besprochen wurde. Ab Anfang April sollen diese Impfungen vorgenommen werden können. Ich meine, es ist gut fünf Monate her, als wir als SPD-Bürgerschaftsfraktion diese Idee in die Debatte eingebracht haben. Ich hätte mir schon gewünscht, dass wir hier deutlich schneller vorankommen, denn die Hausärztinnen und Hausärzte sind diejenigen, die Vertrauen schaffen und auch dabei helfen können, noch mehr Menschen von einer Impfung zu überzeugen.

Eine Forderung ist uns als SPD-Bürgerschaftsfraktion noch zusätzlich wichtig: Bürgermeister Dr. Bovenschulte erwähnte in seiner Rede, dass abends, kurz vor Feierabend, auch Rettungssanitäter mit den übriggebliebenen Impfdosen geimpft werden. Eine Zielgruppe, die darüber hinaus bislang leider wenig Berücksichtigung gefunden hat, sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hausnotrufdienstes. Sie sind in vielen Fällen die Ersten vor Ort, und wenn hilflose Personen einen Notruf absetzen, ist Abstandhalten oft nicht möglich, und aus diesem Grund wäre es nur sinnvoll, dass sie wie Rettungssanitäter auch geimpft werden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Was jetzt mit dem Stufenplan umgesetzt werden soll, finden wir absolut richtig. Die Selbstteststrategie und die Schnellteststrategie werden an die Öffnungsszenarien geknüpft, Freiheit und auf der anderen Seite Sicherheit gehen so Hand in Hand. Das macht Hoffnung, aber weniger Hoffnung macht

mir, wer die Taskforce zur Schaffung einer Teststrategie verantworten soll. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer.

Als ich gelesen habe, dass Jens Spahn riesige Mengen an Schnell- und Selbsttests beschafft hat und ab dem 1. März zwei Tests pro Woche für alle kostenfrei zur Verfügung stellen würde, war ich durchaus positiv überrascht. Jetzt kam heraus, dass die Tests gar nicht beschafft wurden. Sie wurden bei den Herstellern theoretisch reserviert. Das macht, finde ich, fassungslos, das ist keine aktive, vorausschauende Politik, das ist passives Warten darauf, dass die unterschiedlichen Akteure, die Bundesländer, die Pflegeheime und die Unternehmen etwas machen, um sich anschließend vielleicht mit fremden Federn zu schmücken. Dass jemand wie Jens Spahn die Meinung vertritt, dass der Markt alles besser regeln könne als der Staat, wundert da nicht, aber dass ein Discounter nun zügiger Schnelltests anbieten kann als das Bundesgesundheitsministerium, das ist regelrecht ein Armutszeugnis.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Mich überrascht, Kollege Röwekamp, dass Sie hier sagen, der eine oder andere Öffnungsschritt aus dieser wunderbaren Grafik, die wir ja alle kennen, der wäre nicht gut erklärbar oder wäre nicht immer nachvollziehbar. Ich glaube, das Ganze hat auch etwas mit der Verfügbarkeit der Schnelltests zu tun, sonst hätten wir möglicherweise Schritt vier oder fünf schon frühzeitiger gehen können. Von daher verstehe ich Ihre Gelassenheit hier absolut nicht.

Meine Damen und Herren, und was macht Bremen an dieser Stelle vielleicht anders oder vielleicht auch besser? Ja, wir haben bereits 1,3 Millionen Schnelltests gekauft und werden sie flächendeckend in den Kitas und Grundschulen einsetzen. Wir werden damit auch nicht warten, bis es einen offiziellen Startschuss gibt. Was wir in dieser Pandemie gelernt haben: Wer auf den Bund wartet, kann teilweise lange warten.

Ähnlich verhält es sich mit den Impfungen. Ja, ich schaue doch mit dem Fingerzeig auf Israel, wo mittlerweile Herdenimmunität erreicht ist. Das wird teilweise mit der Bevölkerungsanzahl oder der Fläche erklärt, aber geschenkt. Biden hat nun erklärt, dass bis Mai jeder US-Bürger, jede US-Bürgerin mindestens einmal geimpft sein wird. Das wirft angesichts der Größe des Landes schon berechnete

Fragen im Hinblick auf die deutsche Impfstrategie auf.

Hier in Deutschland begnügt man sich damit, dass sich Jens Spahn und Ursula von der Leyen gegenseitig die Verantwortung zuschieben, und diese schieben wiederum die Verantwortung auf die Gesundheitsminister der Mitgliedsstaaten. Meine Damen und Herren, einzelne Staaten wie Tschechien scheren sogar aus und machen das nicht mehr mit und haben angekündigt, den russischen Impfstoff Sputnik V zu verimpfen, was die Slowakei im Übrigen wohl sogar schon macht.

Ich sage, europäische Solidarität heißt nicht, dass die Verantwortung für das Versagen solidarisch auf alle föderalen Köpfe verteilt wird. Wenn niemand für etwas verantwortlich gewesen sein möchte, führt das nur dazu, dass die Bürgerinnen und Bürger das gesamte System ablehnen. So weit dürfen wir es keinesfalls kommen lassen, und auch diejenigen, die keine Verantwortung im Bund tragen möchten, sollten auch für nichts verantwortlich sein.

(Beifall SPD)

Auch hier verstehe ich bei der Impfstrategie nicht, Kollege Röwekamp, wenn Sie sich hier hinstellen und sehr gelassen sagen, auch das wird man irgendwann einmal abarbeiten, nein. Ich erinnere mich auch an solche Worte von Ihnen. Ich glaube, hier stehen die Gesundheit der Menschen und damit das Leben der Menschen auf dem Spiel. Eine verantwortungsvolle Beschaffung von Impfstoff für die gesamte EU, das wäre angebracht gewesen, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD)

Ungeklärt ist, finde ich, auch weiterhin noch die Frage, wie die individuelle digitale Nachverfolgung eigentlich organisiert werden soll. Ich hoffe, Sie haben alle die Corona-App, ich schaue beinahe tagtäglich hinein, und wenn ich mir die dortige Risikobewertung anschau und mich darauf verlassen würde, wäre die Pandemie seit November vorbei, weil der Corona-Warn-App regelmäßig lediglich 1 000 von 11 000 täglichen Neuinfizierten gemeldet werden. Das sind pro Woche ungefähr 70 000 Menschen zu wenig. Dass auch hier private Investoren und kreative Köpfe aus der Kulturszene voranschreiten, verwundert da nicht.

Auch ich möchte jetzt gar nicht in die Vergangenheit schauen, sondern optimistisch in die Zukunft.

Was muss getan werden, damit private Apps wie Luca, die offizielle Corona-App und die Selbsttests besser verbunden werden? Der Wille in der Bevölkerung ist ja da. Die Dienste müssen nur sinnvoll untereinander verknüpft werden, mit den Ämtern gemeinsam. Der Blick ins digitale Ausland zeigt, es geht besser, und ich bin mir sicher, auch wir können das besser hinbekommen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, Bremen hat verstanden, dass der einzige Weg aus der Pandemie die Impfung ist, und wir halten uns nicht mit Schuldzuweisungen auf, sondern impfen, was das Zeug hält. Bevor andere Bundesländer überhaupt damit anfangen, Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte in Grundschulen zu impfen, werden wir hoffentlich schon alle geimpft haben. So geht Verantwortung.

Wir werden, so schnell es geht, alle Bremerinnen und Bremer impfen, dieses Versprechen wurde bisher auch eingehalten. Wir waren und sind beim Impfen bisher an der Spitze der Länder und wollen das auch weiterhin sein. Da geht der Dank nicht nur an den Bremer Senat, sondern auch besonders an die impfwilligen Bürgerinnen und Bürger, die vielen Engagierten im Impfzentrum, die Unternehmen, die hier tatkräftig mit unterstützen. An dieser Stelle herzlichen Dank dafür!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Zum Schluss möchte ich noch einen Punkt, eine Sache ansprechen, die mich in der letzten Woche doch sehr beschäftigt hat. Der RKI-Chef Wieler hat gesagt, ich zitiere: „Bis zu 90 Prozent der schwerstkranken Covid-Patientinnen und -Patienten haben einen Migrationshintergrund.“ Und weiter: „Es ist ein Tabu, da sind Parallelgesellschaften mitten in unserem Land, das klappt nur über Moscheen und da kommen wir nicht hinein, das ist Mist.“ Mist, meine Damen und Herren, ist nur diese Aussage,

(Beifall SPD, DIE LINKE)

denn für eine solch steile These gibt es keine valide Datengrundlage. Darüber hinaus ist in Regionen mit hohen Infektionszahlen, zum Beispiel in Teilen Thüringens oder Sachsens, der Anteil der Menschen mit Migrationsgeschichte an der Gesamtbevölkerung teils sehr gering, im Übrigen damit auch die Anzahl der Moscheen. Somit kann der Aspekt gar keine Rolle spielen, aber das Argument der Parallelgesellschaften vom RKI-Chef ist aus meiner

Sicht nichts als unnötige Stigmatisierung und gefährlich für das gesellschaftliche Klima.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir haben ja auch eine ähnliche Diskussion in Bremen geführt, als es um die Stadtteilzahlen in Bremen ging. Also, wenn, dann ist der Zusammenhang, glaube ich, ein anderer. Lassen Sie uns doch einmal einen Blick auf die systemrelevanten Jobs werfen. Fast die Hälfte aller Reinigungskräfte hat eine Migrationsgeschichte. Fast 40 Prozent aller Altenpflegerinnen und Altenpfleger haben Migrationsgeschichte. In der Logistik sind es über 30 Prozent Menschen mit Migrationsgeschichte. Ich gehe davon aus, dass die echte Zahl sogar noch deutlich höher ist.

Damit sind diese Menschen überproportional in systemrelevanten und auch prekären Jobs. Unsichere Arbeitsverhältnisse, geringere Bezahlung, das sind auch bei der Verbreitung des Virus die wesentlichen Faktoren. Prekäre Beschäftigung führt zu engen Wohnverhältnissen, zu unausgewogener Ernährung, zu Stress und damit oft zu Vorerkrankungen. Oft wohnen zusätzlich mehrere Generationen unter einem Dach, die Ansteckungsgefahr und das Risiko, dass auch Ältere erkranken, steigt dadurch enorm.

Also, pauschal Religionsgemeinschaften oder, wie Herr Wieler sagt, Parallelgesellschaften als Treiber dieser Pandemie darzustellen halte ich für groben Unfug und bin froh, dass solche Behauptungen in den sozialen Medien nicht unwidersprochen geblieben sind. In so einer Position, bei so einem sensiblen Thema mit Halbwahrheiten und Vermutungen zu jonglieren, das ist nicht akzeptabel.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich glaube auch fest daran, dass uns solche Diskussionen nicht weiterhelfen. Wenn in dieser Pandemie etwas aufzuarbeiten ist, dann vielleicht, warum es uns in weiten Teilen nicht gelungen ist, rechtzeitig die Menschen in den Alten- und Pflegeheimen zu schützen.

Der Coronageneration unter den Kindern fehlt nicht nur ein ganzes Jahr an Bildung, sondern die Pandemie stellt auch ein Risiko für die körperliche Gesundheit dar und kann ganz schwerwiegende Folgen für die Psyche von Kindern und Jugendlichen haben. Deshalb ist es auch absolut richtig, sich in den ersten Öffnungsschritten mit auf den Sport zu konzentrieren, den Sport allen voran für

unsere Kinder zu öffnen, damit mehr Freizeitmöglichkeiten, Freizeitbeschäftigungen möglich werden. Auch wenn viele Kinder und Jugendliche in den letzten Monaten viel Zeit, vielleicht sogar manchmal zu viel Zeit hatten, ihre Digitalkompetenzen zu erwerben und zu stärken, sind soziale Interaktionen und vor allem Bewegung eine sehr gute und wichtige Abwechslung. Sport und Bewegung sind wichtig.

Eine Schwachstelle hat die Pandemie in Deutschland, glaube ich, wirklich offengelegt: Über 60 Prozent der Erwachsenen leiden in Deutschland an Wohlstandskrankheiten. Das muss nicht sein. Wenn es stimmt, was einige Virologinnen und Virologen sagen, dass es sich nicht nur um eine Pandemie, sondern um das Zeitalter der Pandemien handelt, ist es umso wichtiger, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir hier den Fokus viel stärker auf die Prävention legen. Dazu gehört ausreichend Sport und Bewegung, bewusstes Essen. Dazu gehört in vielen Fällen auch Wissen um die Gefahren des Alltags, hier müssen wir viel früher ansetzen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, es ist belegt, dass die schweren Verläufe bei einem guten Gesundheitszustand vermeidbar gewesen wären. In der öffentlichen Diskussion hat das allerdings aus unserer Sicht zu wenig Raum gefunden. Vorsicht und Prävention ist immer besser als Nachsicht, das gilt gesellschaftlich, aber auch für jeden Einzelnen von uns. Deshalb – ich möchte zum Schluss doch insgesamt optimistisch in die Zukunft blicken –:

Die Schnelltests eröffnen neue Möglichkeiten. Möglicherweise steht auch schon der Frühling vor der Tür. Die Zulassung weiterer Impfstoffe steht auch vor der Tür. Auch wenn es mir schwerfällt, den Ankündigungen einiger Bundesministerinnen und Bundesminister zu folgen, würde ich trotzdem als Optimist sagen, es wird hoffentlich bald mehr Impfstoff zur Verfügung stehen. Damit haben wir vielleicht auch schon einen großen Teil der Strecke geschafft und auf den letzten Metern müssen wir uns jetzt, glaube ich, alle noch einmal gemeinsam zusammenreißen, dann schaffen wir auch den Rest der Strecke noch gemeinsam. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Björn Fecker das Wort.

Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Stufenplan der Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen und der Kanzlerin wird seit der vergangenen Woche intensiv diskutiert. Gut so, sage ich, denn genau das ist der richtige Weg. Die Diskussion um Perspektiven und Schließungen ist wichtig, sie ist Kernbestandteil der Pandemiebekämpfung und sie gehört in die Parlamente, so wie wir es hier in Bremen jetzt in guter Praxis schon länger betreiben.

Ich will eine kurze Bewertung der ab heute geltenden Maßnahmen vornehmen: Der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss hat dazu am Freitag beraten und die Änderungen auf den Weg gebracht. Die Öffnung des Einzelhandels mit vorheriger Terminvergabe und klarer Nachverfolgung ist ein erster Schritt. Ob und wie sich der Einzelhandel damit schlägt, wird man erst in den kommenden Tagen sehen. Die grundsätzliche Öffnung von Buch-, Blumen- und Gartenläden ist ein weiterer kleiner Schritt zurück in den Alltag für die Menschen. Dasselbe gilt für die sogenannten körperlichen Dienstleistungen, bei denen in der Regel keine Menschenmengen auf engstem Raum zusammenkommen und bei denen Hygiene auch schon vor der Pandemie eine wesentliche Rolle spielte.

Wenn wir über die Belastung der Kinder in diesen Zeiten sprechen, dann ist auch die Öffnung des Gruppensports eine wichtige Entscheidung, und ich kann Ihnen das jetzt einmal aus eigenem Erleben in den letzten Tagen sagen, dass sowohl die Kinder als auch die Eltern sich sehr über diesen Schritt freuen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Abschließend noch ein Wort zu den Kontaktöffnungen: Fünf Personen aus zwei Haushalten ist eine ganz wichtige Entscheidung, die maßvoll, aber auch realistisch ist. Sie erlaubt eine Rückkehr zum Familienleben oder auch zum sozialen Leben. Diese Regelung birgt aber auch Härten. Große Familien, die bereits heute mit fünf Personen über 14 Jahren unter einem Dach leben, durften bis gestern zumindest eine Person zu Besuch empfangen, ab heute dann nicht mehr. Das sollte in der nächsten MPK noch einmal begründet werden, wie auch noch insgesamt bei dem Thema der Kontaktöffnungen eine Perspektive sowohl für Indoor als auch Outdoor für die Zukunft fehlt.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Teile der Öffnungen werden nicht in beiden Städten unseres Bundeslandes greifen, aufgrund der Inzidenzzahlen wird Bremerhaven erst zu einem späteren Zeitpunkt einige Öffnungen vornehmen. Meine Damen und Herren, wir sind alle sehr froh, dass die Zahlen jetzt in Bremerhaven wieder so deutlich sinken. Es ist ein gutes und solidarisches Zeichen, dass der Senat die Kontaktnachverfolgung in der Seestadt mit Containment Scouts unterstützt hat. Auch die Entscheidung des Magistrats, die Testungen auszuweiten, halten wir für richtig und geboten. Wir sind sicher, dass auch in Bremerhaven mit einer gemeinsamen Anstrengung der Bremerhavenerinnen und Bremerhavenern in den kommenden Tagen die 100 unterschritten und auch konstant gehalten werden kann, meine Damen und Herren!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Wir haben aber auch in Bremerhaven exemplarisch gesehen, wie fragil, wie zerbrechlich die Entwicklung sein kann. Ich glaube, da muss man seine Nase nicht hoch tragen, es kann uns in Bremen genauso schnell gehen wie jüngst in unserer Schwesterstadt. Mit dem Auftreten der Mutationen betreten auch wir wissenschaftliches Neuland und sind vielleicht gezwungen, wieder weitere Maßnahmen zu ergreifen. Deswegen erlaube ich mir an dieser Stelle auch, Sie alle direkt anzusprechen: Trotz guten Wetters, trotz sinkender Zahlen und trotz eigener Genervtheit, es ist noch nicht vorbei, passen Sie auf sich und Ihre Liebsten weiter gut auf!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Der Hoffnungsschimmer Impfung besteht weiterhin. Mit Interesse habe ich wahrgenommen, dass nun der Bundesfinanzminister die großen Liefermengen ankündigt. Wie auch immer, Bremen hat sich bisher immer als verlässlicher Partner erwiesen und wird auch die größeren Impfmengen rasch unter die Bevölkerung bringen. Das ist das Versprechen des Senats und das ist auch die Erwartung des Parlaments. Das Bündnis aus Privatwirtschaft, Behörden, der Messegesellschaft und den Hilfsorganisationen ruckelt zwar manchmal, wie wir den Medien entnehmen dürfen, bleibt im Ergebnis aber weiter ein gutes Beispiel gemeinsamer Verantwortungsübernahme.

Meine Damen und Herren, der nächste Öffnungsschritt soll dann am 22. März erfolgen. Mich und viele andere hat, glaube ich, die Sprunghaftigkeit schon ein wenig überrascht. Von der angestrebten 35 nun auf den Korridor zwischen 50 und 100 zu

kommen war, glaube ich, für uns alle ein überraschendes Ergebnis. Auf die Mutationen habe ich hingewiesen. Auf der anderen Seite ist der Hinweis auf die, wenn auch langsamen, Fortschritte im Bereich der Impfungen wichtig und auf die Belastung der Intensivstationen.

Wir von Bündnis 90/Die Grünen plädieren aber weiterhin dafür, maßvoll und zurückhaltend vorzugehen und finden deswegen insbesondere die vorgesehene Notbremse mehr als richtig, denn ein Stufenplan, wie bereits in der letzten Debatte gesagt, kündigt eben nicht nur die Wege in die eine Richtung, sondern auch in die rückwärtige Richtung an, und dabei sollten wir es auch bitte belassen.

In Bezug auf die weiteren möglichen Öffnungen befürchte ich, dass wir den zweiten Schritt vor dem ersten machen. Im Beschlusspapier steht sehr deutlich, dass für weitere Öffnungen bei einem Inzidenzwert zwischen 50 und 100 in den Bereichen Außengastronomie, Theater, Kultur und Sport ein negativer Schnelltest erforderlich sein soll. Nicht nur ich Sorge mich, dass zum 22. März die Voraussetzungen in Bezug auf die Anzahl der verfügbaren Tests und deren Preis sowie die entsprechenden rechtlichen und praktischen Fragestellungen nicht geklärt sind. Das wäre ein fatales Bild für das Agieren unseres Staates. Das muss unter allen Umständen verhindert werden. Die Bundesregierung muss in Abstimmung mit den Ländern zeitnah eine entsprechende Teststrategie vorlegen, und ich werde nicht müde, in jeder Diskussion auf die Wichtigkeit der Testungen und der Etablierung von Schnell- und Selbsttests hinzuweisen.

Natürlich nehmen auch wir wahr, dass Teststationen im Land Bremen dazukommen und auch vorbildlich viele Tests schon von sich aus bestellt worden sind, aber der Test für die breite Masse, der sogenannte Selbsttest, muss stärker etabliert werden. Die Menschen müssen den Umgang damit lernen und wir müssen auch klären, welche rechtlichen Folgen ein positiver Selbsttest hat. Der PCR-Test ist der Goldstandard und muss es auch in der Zukunft bleiben. Alle anderen Testformen können aber helfen, ein deutlich besseres Bild der Lage zu zeichnen und Infektionen zu verhindern. Es will mir einfach nicht in den Kopf, warum eine der führenden Industrienationen der Welt in diesem Bereich weiter hinterherhinkt.

Ich bin mir nicht sicher, ob die Frage der Selbsttests tatsächlich dem Markt überlassen werden kann. 25 Euro für fünf Tests sind der Einstiegspreis vom

vergangenen Wochenende. Wenn man die Kosten für Familien hochrechnet oder auch die finanzielle Lage von Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfängern berücksichtigt, dann kann es nicht bei fünf Euro pro Test bleiben, meine Damen und Herren!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Diese Testfrage ist einer der Knackpunkte der nahen Zukunft. Es wurden jetzt Erwartungen geweckt und wir müssen alles tun, um die Menschen nicht zu enttäuschen. Die Verantwortung liegt beim Bundesgesundheitsminister und neuerdings wohl auch beim Bundesverkehrsminister – ob mich das jetzt zuversichtlich stimmt, na ja, warten wir es ab. Wir wünschen es auf jeden Fall, denn bei aller politischen Auseinandersetzung und Bewertung der Arbeit von Herrn Scheuer und Herrn Spahn, das ist der Game Changer, es ist die dringende Notwendigkeit, und diese beiden sind jetzt im Sinne unseres Landes zum Erfolg verdammt. Ich hoffe, dass wir uns darauf auch verlassen können.

Mehr Tests können übrigens auch bedeuten – das will ich an der Stelle sehr deutlich sagen –, dass die offiziellen Zahlen der Infizierten steigen. Gefährdet das eigentlich die Öffnungsstrategie? Das wäre jetzt vielleicht eine berechtigte Frage. Nein, im Gegenteil, aus meiner Sicht. Jede Person, die ermittelt werden kann und sich in Quarantäne begibt, die senkt am Ende das Risiko. Das heißt, wir werden wahrscheinlich einen Anstieg haben, aber wir werden danach eine deutliche Absenkung haben, auch für einen längeren Zeitraum. Deswegen ist diese Teststrategie, ist diese Testung – dabei bleibe ich – eines der wichtigsten Instrumente neben der Impfung, damit wir vorankommen.

Diesen Weg gehen wir ja in Bremen auch schon länger gemeinsam. Mit Testungen das Infektionsrisiko zu erkennen und zu minimieren ist für das Bundesland Bremen nicht neu, auch da dienen wir, durch die Maßnahmen in Schulen und Kitas, – so ist jedenfalls mein Eindruck – auf der Bundesebene durchaus nicht nur als Testlabor, sondern auch als Vorbild für andere. Auch das ist ein Punkt, den wir uns hier wirklich, finde ich, verdientermaßen positiv anrechnen können.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, die Lage ist und bleibt ernst. Es gibt jetzt Perspektiven in Form eines Stufenplanes, es gibt aber keine Entwarnungen, und mit den Öffnungen gibt es auch eine Verantwortung für jede Einzelne und für jeden Einzelnen von

uns. Wir tun gut daran, dieser Verantwortung auch gerecht zu werden. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Nelson Janßen das Wort.

Abgeordneter Nelson Janßen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Die Ministerpräsident:innenkonferenz hat ja gemeinsam mit der Bundeskanzlerin vergangene Woche einen Plan vorgelegt, der nun die Grundlage für die kommenden Wochen legen soll. Dieser Plan, wir haben es heute in der Debatte schon angenommen, stößt ja auf durchaus unterschiedliches Resümee oder Feedback und auch bei uns intern haben wir recht kontroverse Diskussionen geführt. Ich werde daher versuchen, auch hier in der Debatte keine einfache Antwort zu geben, die sagt, alles gut oder kann man so nicht machen, sondern einige Bestandteile des Plans aus Sicht der Linksfraktion zu bewerten.

Die Öffnungsschritte eins, zwei und drei, also die Regelungen, die, auch mit der Veränderung der Rechtsverordnung durch den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss vom vergangenen Freitag, ab heute in Kraft getreten sind, finden unsere Zustimmung. Ob Flugschulen jetzt dringend nötig gewesen wären, ich weiß es nicht, ich glaube aber auch, dass das Infektionsgeschehen so oder so davon nicht maßgeblich beeinflusst werden wird.

Ich beschränke mich für das Folgende jetzt aber darauf, noch einmal einige wesentliche Punkte herauszugreifen, da meine Vorredner die meisten Punkte bereits thematisiert hatten.

Gut finde ich, dass wir mit dem vorgelegten Plan nun einige Schwerpunkte setzen auch im Bereich der Kontaktbeschränkungen für den Privatbereich, wo wir ja kurz vor den Weihnachtsfeiertagen auch angesichts des damals sehr drastischen Infektionsgeschehens strengere Maßnahmen eingeleitet haben, die mit einer erheblichen Beschränkung von persönlichen Freiheitsrechten einhergehen. Dass diese harte Regelung „ein Haushalt plus eine weitere Person“ nun ersetzt wurde durch die bis dahin geltende Regelung von „fünf Personen aus zwei Haushalten“, halten wir für richtig. Die harten Regelungen hatten keinen Bestand mehr, sie waren auch ein Stück realitätsfern und wurden zu Recht ersetzt.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Gleiche Zustimmung können wir auch signalisieren für die Bereiche, und das wurde jetzt auch schon mehrfach genannt, die den Sport, insbesondere zur Ermöglichung auch von Bewegung für Kids, wieder zulassen. Dieser Schritt ist auch ein richtiger Schritt, der zu Recht im Vorfeld, auch in diesem Parlament, bereits eingefordert wurde.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Notwendig finde ich es aber auch, dass die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gemeinsam mit der Bundeskanzlerin eine sogenannte Notbremse eingebaut haben, also einen Schwellenwert, der, wenn man ihn überschreitet, dann automatisch auslöst und sagt, dass beschlossene Lockerungen auch wieder zurückgenommen werden müssen. Dass dieser Schwellenwert nun bei 100 liegt, ist eine politische Setzung, die sich auch an dem derzeitigen Infektionsgeschehen orientiert.

Ich finde einen Anteil daran etwas schwierig, da sind wir in der Bewertung durchaus unterschiedlicher Einschätzung. Wenn wir aber mehrere Wochen konstant bei einem Infektionswert von 90 bleiben, können Lockerungen durchgeführt werden, während uns allen auch klar ist, dass ein Wert von 90 noch deutlich zu hoch ist.

Klar ist allerdings auch, dass aus meiner Sicht die Formulierung, die die MPK getroffen hat, die davon spricht, dass hier ein stabiler Wert unter dieser Obergrenze auch bedeutet, dass wenn wir ein dynamisches Infektionsgeschehen haben und innerhalb von zwei Wochen von einem Infektionswert von 50 auf 90 klettern und damit dem Wortlaut nach durchaus durchgehend unter 100 lagen, es sich trotzdem verbieten würde, weitere Lockerungen einfach so vorzunehmen. Ich hoffe, dass wir diese Formulierung gleich interpretieren und auch im Parlament bei der Befassung kommender Rechtsverordnungen so besprechen werden.

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Formulierung schließt an etwas an, wenn wir über die Frage sprechen, was eigentlich die richtigen Maßstäbe für einen derartigen Plan sind. Wenn wir uns ausschließlich auf den Inzidenzwert konzentrieren, wären die Formulierungen, die ich eben gewählt habe, nicht zulässig. Wenn wir aber gleichzeitig die Dynamik des Infektionsgeschehens mitbetrachten, erhalten wir ein schärferes Bild, ebenso, wenn wir zusätzliche Faktoren wie die Belegung der Intensivbetten oder auch die Nachverfolgbarkeit der Gesundheitsämter heranziehen.

Der vorgelegte Plan geht also davon aus, dass das Infektionsgeschehen auf dem Niveau wie es derzeit ist, nicht über dem Wert 100, kontrollierbar ist und auch in gewissem Rahmen so hingenommen werden muss und Lockerungen ermöglicht, solange das Infektionsgeschehen nicht sprunghaft ansteigt. Das Ziel dieses Planes ist es also nicht mehr, Infektionen deutlich zu reduzieren, sondern soweit zu lockern, wie es auch geht.

Ich kann Ihnen als Gesundheitspolitiker auch sagen, dass ich durchaus mit einigen Sorgenfalten auf die anstehenden Lockerungen schaue und wir uns daher alle gemeinsam dazu verpflichten müssen, verschiedene Faktoren im Blick zu behalten, um nicht nur getrieben von lauter werdenden und durchaus nachvollziehbaren Stimmen hier einen Weg der Lockerungen zu gehen.

Richtig ist aber auch, dass der derzeitige Lockdown soziale, psychische und auch gesundheitliche Folgen durch die derzeitigen Beschränkungen verursacht. Hier steht also nicht nur Gesundheitsschutz strengerer Forderungen aus Wirtschaftsinteressen gegenüber, sondern hier muss durchaus abgewogen werden zwischen gesundheitlichen, psychischen, sozialen Folgen durch den Lockdown und mit einer Lockerung einhergehenden Infektionsrisiken.

Trotzdem hätte ich einen Stufenplan durchaus nachvollziehbar gefunden, der beispielsweise die Öffnungsschritte eins, zwei und drei, die wir derzeit haben, an ein Infektionsgeschehen unter 100 knüpft, weitere Lockerungen unter 50 vorsieht, weitere Lockerungen unter 35 vorsieht und damit stärkere Anreize für eine Reduktion des Infektionsgeschehen bietet. Ähnlich wie der Plan, der auch durch das RKI vorgestellt wurde. Ich teile damit durchaus einige Sorgen, die derzeit geäußert werden.

Ich kann aber auch zum Ausdruck bringen, dass klar ist, dass eine derartige Pandemie eben nicht einseitig und ausschließlich durch die Perspektive Gesundheitspolitik oder Pandemiebekämpfung im Sinne von Epidemiologie bekämpft werden kann. Unstrittig ist, dass die Krise eben viele prekär Beschäftigte, Minijobber:innen, Kneipeninhaber:innen, kleine und mittelständige Betriebe, Solo-selbstständige und viele andere deutlich nicht nur finanziell, sondern auch an psychische Belastungsgrenzen getrieben hat. Ich kann daher sehr gut die Rufe nach Lockerungen verstehen, genauso wie ich die Rufe derjenigen verstehen kann, die eben nicht

im Keller ein Trainingsgerät als Ersatz für geschlossene Sportanlagen haben oder denen in beengten Wohnverhältnissen die Decke auf den Kopf fällt.

Es ist also klar, dass wir unter Beachtung gesundheitlicher Folgen und auch der Belastung, die der Lockdown mit sich bringt, uns nun auf den Weg machen werden, mit klaren Regelungen und in Grenzen Lockerungen zu gehen.

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Dass die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten sich aber mit der Bundeskanzlerin nicht einigen konnten, beispielsweise die Kinderkrankentage aufzustocken, die in vielen Familien mittlerweile schon aufgebraucht sind, zeigt auch, dass auch dieser Beschluss es nicht schafft, die soziale Schieflage, die auch durch die Krise noch einmal verschärft wird, entsprechend auszugleichen. Ich halte es für ein Unding, dass die CDU-Ministerpräsidentinnen und -präsidenten sich hier dagegen ausgesprochen haben, diese soziale Unwucht auszugleichen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Auch dass es keine Anpassung der Hartz-IV-Regelungen gibt oder es keine Regelungen gibt, die beispielsweise verhindern, dass es zu Zwangsräumungen durch Mietschulden kommen kann, auch diese Regelungen wären aus meiner Sicht in einer derartigen Krise eben auch notwendig, um eine soziale Schieflage zu vermeiden.

(Beifall DIE LINKE)

Ich finde es daher überhaupt nicht falsch, wenn wir nun über einen Härtefallfonds sprechen, der zwar noch nicht so richtig geklärt ist, was er eigentlich genau tut, wenn wir damit in erster Linie mittlere und kleine Unternehmen in den Blick nehmen. Ich glaube aber auch, dass wir gut beraten wären, ähnliche Härtefallfonds und Kompensationen für Privatpersonen in pandemiebedingten Notlagen aufzustellen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Insbesondere heute, am 8. März, dem Internationalen Frauentag oder auch Frauenkampftag kommt eine Debatte nicht aus, ohne die besondere Schieflage in Bezug auf die Geschlechterfrage in der Krisenbewältigung aufzurufen. Der Krise wurde bisher vor allen Dingen im Sozial- und Gesundheitswesen von den Beschäftigten, die nun einmal

mehrheitlich Frauen sind, unter Aufbringung immensen Einsatzes die Stirn geboten. Abgesehen von Prämien, und die sind bei weitem nicht bei allen angekommen, bleibt es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe für eine grundlegende Aufwertung der sogenannten und ich möchte das in Führungsstrichen verstanden wissen, „Frauenberufe“ zu sorgen, die sich von Applaus allein nichts kaufen können.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Gleichzeitig haben vor allem Frauen im Privatbereich zusätzliche Care-Arbeiten übernommen und müssen den Spagat zwischen Homeoffice und Kinderbetreuung stemmen. Die Krise hat auch zu einer Retraditionalisierung von Geschlechterrollen geführt. Ich nehme mir als Mann heute am Internationalen Frauentag nicht heraus Ihnen zu erklären, was man jetzt alles besser machen müsste, sondern werde heute vor allen Dingen zuhören, um Ihnen aber gleichzeitig zu sagen, dass wir als LINKE und auch als Koalition in den kommenden Jahren darauf Wert legen werden, in der Krisenbewältigung Geschlechtergerechtigkeit immer mit zu beachten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte aber wieder darauf zurückkommen, was in den konkreten Beschlüssen der MPK noch Weiteres steht und auch auf die Frage der Tests noch einmal zu sprechen kommen.

Am 16. Februar hat Jens Spahn versprochen, dass zum 1. März, also vergangenen Montag, Schnelltests zum Selbsttesten für alle umsonst zur Verfügung gestellt werden. Dabei handelt es sich technisch gesehen um die Tests, die schon bereits seit September letzten Jahres durch geschultes Personal zum Einsatz kommen. Die Gesundheitsministerinnen und -minister und Senator:innen haben das gleichzeitig mit uns allen aus der Zeitung erfahren. Ich kann Ihnen sagen, die Verwunderung war durchaus groß.

Dieses Mal, bei einer Spahn-Ankündigung, sollten es also flächendeckende Tests sein und diese Ankündigung und das ist nicht die erste dieser Art, wurde so nicht umgesetzt. Weil man es nicht geschafft hat, dieser Ankündigung auch Taten folgen zu lassen, hat man jetzt eine Taskforce eingesetzt, für die dann Jens Spahn und Chaosminister Andreas Scheuer zusammen die Verantwortung übernehmen. Die Gründung dieser Taskforce ist ja im MPK-Beschluss bereits angelegt, darin heißt es, ich zitiere: „Dazu wird die Bundesregierung mit der

Wirtschaft noch in dieser Woche abschließend beraten“ – dieser Abschnitt bezieht sich auf den Passus, wo es um die Schnelltests in den wirtschaftlichen Betrieben geht.

Am Freitag, also zwei Wochen nach der MPK hat die Taskforce Spahn/Scheuer dann auch diesen klaren Handlungsauftrag an die Wand gefahren. Das Treffen mit der Wirtschaft brachte kein Ergebnis, abschließend beraten wurde gar nichts. Hinterher wurde Herr Spahn in der „Bild“-Zeitung zitiert: Warum solle er jetzt Tests beschaffen, er verstehe sowieso nicht, wieso er sich als Bundesminister mit so etwas beschäftigen solle. – Ehrlich gesagt, wenn es nicht so bitter wäre, wäre es schon fast etwas humoristisch.

Ich bin davon überzeugt, dass, wenn wir Vertrauen in das Bezwingen dieser Pandemie stärken wollen, wir alle gut beraten sind, nur die Versprechen auszusprechen, die wir auch halten können und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss auch für einen Bundesminister gelten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Weil es immer wieder zur Sprache gekommen ist, dass jetzt ja sogar Aldi Schnelltests hat, dann glaube ich aber auch, muss man dazu sagen: Wenn das jetzt die unterschwellige Kritik ist, der Markt würde es nun regeln, dann soll man einmal versuchen, um fünf nach acht bei Aldi noch einen Schnelltest zu bekommen, da waren die nämlich auch schon alle vergriffen. Daher halte ich es für richtig, dass wir hier immer nur das zusagen, was wir auch einhalten können.

An dieser Stelle sind wir dann bei Bremen, wo ich finde, dass wir uns sehr gut sehen lassen können, denn wir sind nach wie vor an der Spitze – manchmal tagesaktuell auf Platz zwei –, was die Impfquoten angeht und wir haben überwiegend positive Rückmeldungen über reibungslose Abläufe bei der Terminvergabe und bei den Impfungen. Das Einzige, was uns derzeit zurückhält, sind noch überschaubare Impfstofflieferungen. Auch hier liegt das Problem nicht aufseiten der staatlichen Organisation in Zusammenarbeit mit Privatwirtschaft und Hilfsorganisationen, sondern im Bereich unzuverlässiger Lieferzusagen.

Daher aber an dieser Stelle noch einmal einen herzlichen Dank an das Ressort, die Krisenstäbe und vor allen Dingen an alle Beschäftigten, die vor Ort und im Hintergrund ein derart reibungsloses

Vorgehen, auch unter zusätzlichen Herausforderungen, die noch unterwegs dazukommen, gewährleisten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Und an die vielen Unternehmen, die geholfen haben!)

Auch die habe ich gerade genannt.

Wo wir gerade beim Thema sind, Dinge, die gut laufen in Bremen und auch nicht ausreichend vom Bund geregelt werden: Bei Schnelltests an Schulen sind wir auch hier vor Ort schon um einiges schneller, es wurde bereits genannt, 1,3 Millionen Tests sind schon bestellt, davon eine Million Tests für die Schülerinnen und Schüler, die dann zweimal pro Woche, und nicht bloß einmal pro Woche, in der Zukunft getestet werden sollen, um so ein sicheres Lernen und Aufhalten in Schule zu ermöglichen. Vielen Dank an dieser Stelle auch an das vorausschauende Handeln der Bildungsbehörde und des Gesamtsenates.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Lassen Sie mich abschließen mit einer Bestandsaufnahme und einem kleinen Ausblick: Für den Moment halten wir die maßvollen Lockerungen, die seit heute auch in der Rechtsverordnung aufgenommen wurden, für angemessen. Ich begrüße auch, dass es einen, wenn auch etwas komplizierten Plan gibt.

Ich habe aber durchaus Sorge bei den anstehenden Lockerungen und dem damit einhergehenden Signal, dass das Infektionsgeschehen möglicherweise neu zu bewerten sein wird. Dafür müssen wir neben dem Inzidenzwert auch die Reproduktionszahlen, die Krankenhauskapazitäten und die Ausbreitung der Mutanten im Blick behalten.

Ich hoffe sehr, dass die jetzigen Schritte Bestand haben und wir bei allen weiteren vorab intensiv beraten und abwägen werden, ob sie auch im Lichte neuer Zahlen vertretbar sind. Einen Öffnungswettlauf auch im Verhältnis zu Umlandkommunen dürfen und können wir uns nicht erlauben. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Lencke Wischhusen das Wort.

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wurde schon gesagt, heute ist ein besonderer Tag, denn es ist der Weltfrauentag. Ein Tag, um all den tapferen Frauen und Mädchen einmal Danke zu sagen und sich auf die Wertschätzung der Frauen und Mädchen in der Welt zu konzentrieren. Genau deshalb ist es der richtige Zeitpunkt, sich die Pandemie einmal von einer anderen Seite aus anzusehen. Die Coronapandemie ist in allen Facetten furchtbar, das steht außer Frage. Sie trifft Menschen sehr hart: Arbeitsplatzverlust, Existenznot, Vernichtung von Generationenleistungen und natürlich Vernichtung von Unternehmen. Doch trifft sie Frauen und Mädchen ganz besonders hart.

Frauen arbeiten weit über dem Durchschnitt in Branchen, die einem erhöhten Risiko der Ansteckung ausgesetzt sind: Pflegebereich, Gesundheitswesen, Kindertagesstätten sowie Supermärkte und Handel. Gerade in den ersten beiden Branchen wissen wir, wie hoch die Ansteckungsgefahr ist. Doch wir Frauen kämpfen weiter für unsere Gesellschaft und stellen die eigenen Sorgen wie so oft hintenan. Vom Lockdown betroffenen Branchen sind häufig von Frauen geprägt, körpernahe Dienstleistungen wie Friseurgeschäfte und Kosmetikstudios, aber auch der Modeeinzelhandel und der Servicebereich der Gastronomie. Frauen sind oftmals von Kurzarbeit betroffen und dürfen zur Eindämmung der Pandemie derzeit leider auch oft nicht arbeiten. Für die Frauen bedeutet das weniger Einkommen und vor allem das höchste Armutsrisko im Alter. Auch in den Haushalten birgt die Pandemie für Frauen ein Risiko. Sexualisierte häusliche Gewalt nimmt zu und das Dunkelfeld ist hier bei Weitem noch nicht aufgeklärt. Zu schwer ist es in dieser Zeit, an die Frauen und Mädchen heranzukommen, sie zu ermutigen, sich endlich zu wehren.

Die Homeoffice-Aufforderung der Regierung führt zu mehr Arbeit von zu Hause aus. Wir wissen, Homeschooling und Homeoffice vertragen sich leider nicht so gut. Für die Kinder mehrfach kochen, mehr Einkaufen, die geregelte Arbeit erledigen und noch dazu den Haushalt versorgen, sorgt aktuell für rund circa zwei Stunden mehr Care-Arbeit am Tag. Das sind, wenn wir das einmal aufrechnen, zehn Stunden pro Arbeitswoche, also ein ganzer Arbeitstag mehr. Diese Arbeit bleibt oft an den Frauen und Mädchen hängen. Die größte Sorge, die ich habe, ist, dass uns die Pandemie bei der Gleichberechtigung um Jahrzehnte zurückwirft. Dass es wieder normal ist, dass wir Frauen allein die Sorgearbeit leisten und damit die Fortschritte

auf dem Weg zur Gleichberechtigung überflüssig gemacht werden. Das wäre eine tragische Entwicklung, denn einer der wirksamsten Faktoren gegen Frauenarmut ist die Gleichberechtigung und dafür, meine Damen und Herren, müssen wir gemeinsam weiter kämpfen.

(Beifall FDP)

Wir dürfen nicht aufhören, zu kämpfen, weil wir in einer Krise stecken. Wir dürfen nicht aufhören, zu mobilisieren, weil es gerade keine Veranstaltungen und Demonstrationen gibt. Als Politikerinnen und Politiker müssen wir auch in dieser Zeit ein offenes Ohr für das Thema haben und Gleichgesinnte unterstützen. Wir dürfen eben nicht in der Krise die Aufmerksamkeit und die finanziellen Mittel für dieses essenzielle Thema reduzieren, nur weil wir die Ressourcen auch an anderer Stelle benötigen. Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen ist ein Jahrtausenthema, was noch lange nicht zum Erfolg geführt wurde und gerade deshalb erwarten wir besonders heute am Weltfrauentag ein Zusammenstehen für die Frauen und Mädchen in der Welt, in der Krise und ein Ermutigen zu mehr Selbstvertrauen, zu Selbstbewusstsein und zum Erheben der Stimme für die Frauenrechte.

(Beifall FDP)

Die aktuelle Entwicklung und die in verschiedenen Ländern aufflammende Diskussion um das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper, alles Themen, bei denen sich der Druck auf die Frauen wieder verstärkt. Für uns ist das ein eindrückliches Warnsignal, dass nichts, was weltweit an Frauenrechten erkämpft wurde, unumkehrbar ist, denn weltweit sind Millionen Frauen und Mädchen leider ganz weit davon entfernt, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Gerade deshalb ist es so wichtig, den gesamten Themenbereich Selbstbestimmung und Gleichberechtigung nie aus dem Blick geraten zu lassen, nicht bei unserem weltpolitischen Engagement und auch nicht in den Lebensbereichen, auf die wir unmittelbar Einfluss nehmen können. Steuerklassenreformen anzuschieben, den Kita- und Ganztagschulausbau nicht zu vergessen, Equal Load, Equal Pay, Equal Care, all das sind Themen, die immer wieder auf die Agenda gehören und das auch in der Pandemie.

Die Pandemie hat uns gezeigt, wie wichtig es ist, jede politische Entscheidung mit Blick auf Geschlechtergerechtigkeit zu prüfen und viele der Maßnahmen zur Eindämmung haben gezeigt, wie

schnell aus purer Notwendigkeit gesellschaftlich die Rolle rückwärts in tradierte Rollenmodelle vollzogen wird. Umso wichtiger ist es, jetzt wieder die Vorwärtsrolle zu ermöglichen und Erreichtes nicht länger zu riskieren.

Vor uns liegt endlich ein von der Regierung vorgelegter Stufenplan zu einer Rückkehr in ein ziviles Leben. Endlich, endlich gibt es einen Plan. Doch leider sind wir noch weit von einer realistischen Umsetzung entfernt. Die Stufen sind so gewählt, dass sie kaum zu erreichen sind und wir Freien Demokraten hätten uns mehr Mut gewünscht. Dass wir dabei nicht unvorsichtig vorgegangen wären, dass es dabei nicht um „alles offen“ um jeden Preis geht, das haben wir, glaube ich, mit unserem eigenen Stufenplan, den wir im Bund, aber auch hier im Land Bremen vorgelegt haben, unter Beweis gestellt. Noch immer gibt es keinen verbindlichen Fahrplan, im Handel, in Schule, Kita und der Gastronomie mehr Luftfilter einzusetzen, um ein neues Normal zu ermöglichen. Die Außengastronomie, obwohl wir wissen, dass das Ansteckungsrisiko an der frischen Luft sehr gering ist, darf leider auch nur sehr restriktiv öffnen und das erhoffte Aufatmen der von dem Lockdown betroffenen Branchen bleibt damit aus.

Während in den USA 90 Millionen Menschen geimpft sind, damit mehr, als Deutschland Einwohner hat und der Super Bowl mit 22 000 Zuschauern und Zuschauerinnen gefeiert wurde, sowie in Israel Konzerte stattfinden, diskutieren wir immer noch die Frage, ob der AstraZeneca-Impfstoff wirklich der richtige ist, wann wir generell genügend Impfstoff zur Verfügung haben und vor allem, wenn der da ist, wie wir es schaffen, den 24 Stunden, sieben Tage die Woche zu verimpfen. Deshalb fragen wir uns, wann Haus- und Betriebsärzte endlich eingebunden werden. Warum kann nicht auch die Bundeswehr eingebunden werden und verimpfen. Wir sollten hier, es wurde schon gesagt, definitiv schneller werden und uns nicht länger behindern.

Das gilt übrigens auch für die Teststrategie. Es ist absolut richtig und wünschenswert, mehr Tests einzusetzen und wir Freien Demokraten haben in unserem Stufenplan auch auf das Testen als ein Mittel gesetzt, denn wenn man weiß, dass man negativ getestet ist, sollte einem normalen Leben nichts mehr im Wege stehen. Es ist eine Farce, dass die Regierung von Testen spricht, selbst jedoch gar nicht genügend bestellt hat. Es wurde viel versprochen, aber diese Versprechen sind zum Teil leider gar nicht einzuhalten. Ganz klar, das gilt für den

Bund, und, Herr Bürgermeister, wir wissen Ihr Engagement an dieser Stelle auch sehr zu schätzen.

(Beifall FDP – Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Jetzt könnte ich als Freie Demokratin natürlich sagen, und Nelson Janßen, Sie haben das schon gesagt, gut, dass wir eine funktionierende freie Marktwirtschaft haben, denn während die Discounter und Drogerien bereits Coronaschnelltests zu Millionen Stück an die Bevölkerung verkauft haben, wartet der Staat zum Teil noch auf die Lieferung. Einmal mehr zeigt sich, wie wichtig es ist, das Know-how aller Lebensbereiche des Staates und der Wirtschaft zu bündeln, zusammenzuarbeiten und gemeinsam Lösungen zu finden. Das kooperative Agieren führt uns aus dieser Krise, denn der Staat allein ist eben doch nicht der bessere Unternehmer. Die nächste Herausforderung wird es sein, Schnelltests zu gewährleisten, die eindeutig verifizierbar und personalisiert sind. Nur bei einer sicheren Zuordnung zu einer Person kann sichergestellt sein, dass diese auch gesund ist. Dann können wir auch wieder ohne Bauchschmerzen einkaufen gehen und das normale Leben genießen.

In diesem Zusammenhang kritisieren wir auch das sture Festhalten der Regierung am Inzidenzwert als alleinigen Faktor. Dieser muss dringend um einen dynamischen Faktor ergänzt werden, damit die vermehrten Tests nicht zu einem automatischen Anstieg der Inzidenzen führen und alle Öffnungen erneut in weite Ferne rücken. Der Stufenplan ermöglicht jetzt wieder Körperhygiene, das ist schön, doch leider wird nach wie vor sehr viel ausgeschlossen. Noch immer sind Gastronomie und Hotellerie fernab einer Öffnung, sogar fernab einer echten Perspektive und das ist eine Katastrophe für die betroffenen Unternehmerinnen und Unternehmer. Auch der Einzelhandel hat nach wie vor hart zu kämpfen. Das Termingeschäft stellt zwar eine Öffnungsperspektive dar, doch profitabel kann das kaum sein. Daher stelle ich mir die Frage, ob die Finanzhilfen jetzt weiterlaufen, denn mit ein bisschen Umsatz können die Händlerinnen und Händler nicht überleben.

Veranstaltungen sind nach wie vor ausgenommen, Bars und Clubs sowieso. Noch immer hängen die betroffenen Branchen am Tropf der Staatshilfen, die bis heute nicht vollständig ausgezahlt sind. Unternehmensgewinne werden nach wie vor nicht ersetzt, und das heißt in der Konsequenz, dass die Eigenkapitalquote besonders der kleinen und mittelständischen Betriebe massiv absinkt. Gerade die

kleinen und mittleren Unternehmen waren diejenigen, die immer stark von einer Eigenkapitalquote geprägt waren, um solche Krisen wie jetzt zu überstehen. Nur, und das darf man nicht vergessen, das Absinken der Eigenkapitalquoten hat zur Folge, dass Banken nicht mehr bereit sind, Darlehen an die Unternehmen zu vergeben, um diese Krise zu meistern. Damit droht tausenden Unternehmen die Insolvenz.

Die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht verschiebt nur das Problem und zieht noch weitere, einen ganzen Strang an Zuliefererbetrieben, mit, die ihre Quittung mit etwas Verzug bekommen könnten. Erst dann werden wir sehen, wie nachhaltig die Wirtschaftsstruktur dieses Landes geschädigt wurde, die unser soziales Miteinander absichert.

Wie befürchten auch einen Ausverkauf der mittelständischen Betriebe an ausländische Großinvestoren und Fonds, an Hedgefonds, die unser lang erworbenes deutsches Know-how, die Patente und Kundenlisten für kleines Geld erwerben. Von Standorttreue und dem Halten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird dann wahrscheinlich wenig zu finden sein.

Diese Pandemie wird uns wirtschaftlich ausbluten lassen und damit unser Land nachhaltig in eine schwere wirtschaftliche Rezession stürzen. Es braucht endlich mehr Tempo beim Schützen der Menschen und der Wirtschaft. Wir dürfen nicht den Fehler machen, wirtschaftliche Gesundheit gegen menschliche Gesundheit auszuspielen, denn beides hängt zusammen.

Wir sehen schon jetzt an den psychologischen Folgen, an den Existenzängsten und vernichteten Existenzen, was die Pandemie mit uns, mit der Bevölkerung macht, und gerade deshalb brauchen wir ein Aufatmen in Richtung Normalität. Wir wünschen uns mehr Mut bei der Öffnungsstrategie und begrüßen die zuletzt getroffenen Schritte. Bremen ist mit den Impfbetrieben gut aufgestellt und wir hoffen, dass der Impfstoff jetzt mehr und schneller verimpft werden kann. Dass ein Drittel der Erzieherinnen und Erzieher inzwischen geimpft wurde, ist ein gutes Signal und ein gutes Zeichen für den Gesundheitsschutz dieser Berufsgruppen, aber auch für die Bedeutung, die wir damit der frühkindlichen Bildung zumessen. Gut, dass Bremen das Impfangebot hier so schnell umgesetzt hat, das möchte ich ausdrücklich positiv unterstreichen und an dieser Stelle auch noch einmal Danke sagen.

(Beifall FDP)

Sinkt die Sorge um eine Infizierung am Arbeitsplatz, bleibt mehr Raum für die echte pädagogische Arbeit, für eine Bildung, die unseren Jüngsten ein chancengerechtes Aufwachsen ermöglicht. Impfen und Testen ist auch an den Bildungseinrichtungen der Stadt der Schlüssel unserer Bildungslandschaft, um diese wieder auf sichere Füße stellen zu können. Nur so können wir erreichen, was wieder unser Ziel sein muss: Den Kindern und Jugendlichen eine Schulbildung zu ermöglichen, vor allem eine, die in einem selbstbestimmten Leben mündet. Das ist gerade auch für die Gleichberechtigung wichtig. Nur so können Frauen und Mädchen sich selbst verwirklichen und ein eigenständiges selbstbestimmtes Leben führen. Wir wünschen uns für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt, für unser gemeinsames Leben, für unsere mittelständische Wirtschaft und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein wenig mehr Mut auf dem Weg zur Normalität und hoffen, dass wir zum Frühling bald wieder aufatmen können. – Danke!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Jan Timke.

Abgeordneter Jan Timke (BIW): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten der Länder haben bei ihrem Treffen am vergangenen Mittwoch beschlossen, den Lockdown zunächst bis zum 28. März zu verlängern, gleichzeitig aber auch Lockerungsschritte in Aussicht gestellt, die an das Erreichen bestimmter Inzidenzwerte geknüpft sind. Sollten diese Grenzwerte erneut überschritten werden, soll es möglich sein, Öffnungen wieder rückgängig zu machen. Das nennt sich dann Notbremse.

Die Bund-Länder-Konferenz am Mittwoch war durch große Uneinigkeit der Teilnehmer über die Frage geprägt, wie man auf die jüngsten Entwicklungen im Pandemiegeschehen reagieren soll. Kanzlerin Merkel sprach sich offenbar für eine Fortsetzung des Lockdowns und weniger ambitionierte Lockerungen aus, um einen neuerlichen Anstieg der Zahl der Behandlungsbedürftigen COVID-19-Patienten in den Krankenhäusern zu verhindern. Die Mehrheit der Länderchefs sprach sich jedoch gegen diese harte Linie aus. Herausgekommen ist ein komplizierter Kompromiss und ein Wirrwarr an Regelungen, die der Durchschnittsbürger kaum noch durchschaut, zumal sich einige der Vorschriften von Bundesland zu Bundesland unterscheiden. Das, meine Damen und Herren,

trägt sicherlich nicht zur Akzeptanz der Maßnahme in der Bevölkerung bei.

Die Menschen, meine Damen und Herren, haben die Nase voll von der stümperhaften Coronapolitik. Das zeigen aktuelle Untersuchungen, in denen sich erstmals eine Mehrheit der Bürger für ein weitgehendes Ende des seit November währenden Lockdowns ausspricht. Vor allem für den in der Krise gebeutelten Einzelhandel wünschen sich die Menschen eine Rückkehr zur Normalität. Es ist daher auch kein Wunder, dass die Zustimmungswerte für die Berliner Regierungsparteien und die Kanzlerin sinken. Denn Lockdown und Kontaktbeschränkungen haben schon jetzt erhebliche Schäden ange richtet, vor allem in der Wirtschaft, auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungssystem.

Beispiel Einzelhandel: Auch in den Innenstädten von Bremen und Bremerhaven vollzieht sich vor unseren Augen ein stilles Sterben von Gewerbetreibenden. Ein Geschäft nach dem anderen schließt seine Pforten. Klein- und Mittelständler in Handel, Gastronomie, Kultur und Touristik gehören zu den Hauptopfern der fehlgeleiteten Coronapolitik, deren Folgen uns noch in Jahrzehnten beschäftigen werden. Nicht zu vergessen unsere Kinder, die ohne Präsenzunterricht an den Schulen zunehmend Gefahr laufen, sozial isoliert zu werden und zu einer verlorenen Bildungsgeneration ohne Zukunftsperspektiven auf dem Arbeitsmarkt heranwachsen. Von den Menschen, meine Damen und Herren, die aus Verzweiflung über die Zerstörung ihrer Existenz in den Selbstmord getrieben werden, will ich gar nicht reden.

Diese Politik, in der „Neuen Züricher Zeitung“ zu treffend als ein „trübsinniger Lockdown-Fundamentalismus“ bezeichnet, muss ein Ende haben. Renommierete Staatsrechtler halten die durch die jüngsten Beschlüsse noch einmal bestätigte Bindung des Lockdowns an willkürlich ausgewählte Inzidenzwerte für irrational und verfassungswidrig. In dem Umfang, wie die besonders betroffenen Gruppen der Bevölkerung mit einem sehr hohen Risiko für einen schweren oder gar tödlichen Infektionsverlauf geimpft sind, erodiert die juristische Rechtfertigungsbasis für kollektive Einschränkungen der Grundrechte. Die Verfassungsgerichte dürfen da nicht mehr mitspielen und müssen Klagen gegen die Beschränkungen stattgeben.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, erinnere ich auch noch einmal daran, dass knapp 90 Prozent aller Coronatoten Menschen im

Alter von 70 Jahren oder mehr sind, etwa 60 Prozent der Opfer versterben in Alten- und Pflegeheimen. Genau diese Personengruppen werden in der laufenden Impfkampagne jetzt gegen den Virus immunisiert, was sich bereits im Rückgang der Sterbezahlen glücklicherweise manifestiert.

Meine Damen und Herren, geradezu beschämend ist die geringe Geschwindigkeit, mit der die Impfungen in Deutschland durchgeführt werden. Dabei ist die Immunisierung der Bevölkerung mit den jetzt glücklicherweise zur Verfügung stehenden Impfstoffen der Königsweg heraus aus dem Lockdown und hin zu einem normalen Leben. Der internationale Vergleich zeigt, wo wir stehen. Während Spitzenreiter – Frau Wischhusen hat es eben angesprochen –, während Spitzenreiter Israel 92,5 Prozent, das aus der EU ausgetretene Großbritannien 32,3 Prozent und die USA 24,3 Prozent ihrer Bevölkerung zumindest einmal geimpft haben, sind es in Deutschland Stand 3. März 2021 gerade einmal acht Prozent. Für das Impfchaos verantwortlich ist nicht nur die verkorkste Beschaffungspolitik der EU, sondern auch die Behörden in Deutschland, die es nicht schaffen, den vorhandenen Impfstoff schnellstmöglich an die Impfzentren zu verteilen. Millionen Dosen liegen ungenutzt herum, anstatt sie an die Menschen zu verimpfen. Nun stellt sich heraus, dass offenbar auch zu wenige Schnelltests vorhanden sind, obwohl die nach den Beschlüssen der Bund-Länder-Konferenz am Mittwoch ein Kernstück der politischen Strategie zur Überwindung der Pandemie sein sollen. Vom viel zitierten Organisationstalent der Deutschen ist unter dieser politischen Führung nun wirklich nichts zu sehen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen schnell eine entschlossene Kehrtwende in der Coronapolitik, andernfalls werden nicht nur die wirtschaftlichen

(Glocke)

und sozialen Kollateralschäden ins Unermessliche steigen. Es droht auch eine nachhaltige Entfremdung zwischen Gesellschaft und Staat, die geeignet ist, das Vertrauen der Menschen in die demokratischen Institutionen zu zerstören. So weit dürfen wir es nicht kommen lassen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Peter Beck.

Abgeordneter Peter Beck (LKR): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Bürgermeister Bovenschulte hielt heute einmal mehr eine seiner vielen inzwischen zum unsehligen Ritual mutierten Regierungserklärungen zum Thema Corona ab – diese selbstverständlich wieder einmal gewohnt unselbstkritisch. Da wird sich dann allerdings umso mehr an den vorangegangenen Ministerpräsidentenkonferenzen orientiert, wie zu erwarten im unkritischen Konsens mit den auf der MPK beschlossenen Maßnahmen, welche vorläufig bis zum 28. März 2021 gelten sollen.

Persönlich bekam ich in den letzten Monaten den Eindruck, dass sich die Ministerpräsidenten zusammen als Kollektiv hinter den von Ihnen getroffenen Coronaverordnungen verstecken, damit kein einzelner der Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen zur Verantwortung in seiner Abstimmung herangezogen werden kann. Was an diesen sowie vorangegangenen Maßnahmen falsch oder richtig ist oder wahr, werden uns in absehbarer Zukunft die Geschichtsschreiber zu berichten haben. Da wird mit Sicherheit noch bei so einigen der ein oder andere tiefergehende Erklärungsbedarf akut werden. Diese Diagnose dürfen Sie gern auch einem Nichtmediziner wie mir hier und heute abnehmen.

Ein Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, der grundsätzlich viel verspricht und dies nicht einhalten kann, sodass es zum Beispiel eben dann doch nicht zu den in höchstmöglicher Selbstzufriedenheit angekündigten kostenlosen Coronaselbsttests kommen wird, sehr wohl aber dazu, dass die Bürger und Bürgerinnen demnächst ihre Coronatestpackungen bei Aldi, Lidl oder sonst irgendwo einkaufen werden und dazu, Stand der Dinge, wohl auch keinerlei Alternative haben werden. Eine Entwicklung, wegen der zumindest Aldi, Lidl und deren Mitwerber kaum Befindlichkeiten anmelden werden.

Anderswo hingegen zeichnen die Folgen Ihres immer offensichtlicher werdenden politischen Scheiterns ein wesentlich tristeres Bild. Menschen, deren wirtschaftliche Existenzen bereits weitgehend bedroht oder aber zerstört sind und die an den Folgen der auf den MPKs beschlossenen Maßnahmen inzwischen psychisch erkranken, werden diese Debatte vermutlich inzwischen als blanken Hohn wahrnehmen, da die Politik weder in der zurückliegenden Coronavergangenheit mit Augenmaß handelte, sie es derzeit immer noch verweigert und damit auch wenig Hoffnung um künftig positive Entwicklung vermittelt.

Inzwischen krankt es doch an sämtlichen im Rahmen der MPK getroffenen Maßnahmen. Dafür gibt es genügend Beispiele, wie zum Beispiel: Schüler und Schülerinnen sitzen gemeinsam im Unterricht, dürfen sich nach der Schule aber nicht gemeinsam treffen. Familien und Freunde werden durch die Besuchsregelungen auseinandergerissen. Kinder aus schwierigen familiären Verhältnissen werden vermehrt zu Opfern von physischer und psychischer Gewalt. Lehrer und Lehrerinnen sowie Kitamitarbeiter und -mitarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen im Pflegebereich sind schon lange am Ende ihrer Kräfte angelangt. So viel einmal in Kurzform zu nur einigen wenigen Beispielen, deren oft genug verheerende Folgen für die Betroffenen Sie nie wieder einfangen werden und welche das Verhältnis zwischen Staat und den Bürgerinnen und Bürgern bereits extrem beschädigt und nach Ihrem Willen auch weiterhin schädigen wird.

Wirtschaftlich gibt es inzwischen viele Verlierer, aber auch einige Gewinner, und die Gesellschaft verändert sich zusehends in noch ärmer, noch reicher und ganz on top ein paar superreiche Glücksritter. In Wirtschaftskreisen spricht man diesbezüglich auch nicht erst seit gestern vom Amazon-Syndrom. Als liberal-konservativer Politiker drängt sich mir inzwischen die Frage auf, ob diese Umverteilung nicht etwa inzwischen politisch ganz klar gewollt ist.

Wer soll eigentlich künftig die ganzen Coronahilfspakete zurückzahlen und vor allen Dingen wann, beziehungsweise über welchen Zeitraum reden wir da? Was passiert ab Dezember dieses Jahres, wenn das Kurzarbeitergeld nicht mehr gezahlt werden wird? Na ja, immerhin ist das Superwahljahr 2021 dann gelaufen – ein Schelm, der hier etwas Böses denkt. Woher sollen die staatlichen Arbeitslosengelder kommen, wenn mit hohen Mindersteuereinnahmen zu rechnen ist? Wie sollen Gemeinden und Städte überleben können, wenn die Gemeindesteuereinnahmen weggebrochen sein werden? Zu diesen Fragen sollten Sie sich erklären, Herr Bürgermeister Bovenschulte, denn die Bremer Bürger und Bürgerinnen haben ein gutes Recht zu erfahren, wie es tatsächlich um Bremen bestellt ist. Ich möchte jetzt nicht explizit aufzählen, wo hier in Bremen inzwischen Entlassungswellen bevorstehen beziehungsweise schon ins Rollen gekommen sind.

Hinsichtlich der anstehenden Landtagswahlen und anstehenden Bundestagswahl machen sich jetzt offensichtlich bei den Regierungskoalitionen in Ber-

lin, wovon ja eine Koalitionsbeteiligte hier in Bremen völlig unbemerkt in der Opposition sitzt, ernste Sorgen breit, wie man zur Beschwichtigung der Bevölkerung weiter vorgehen will. Zu vergessen sei dann auch nicht der CDU-Bundestagsabgeordnete Niklas Löbel oder der CSU-Abgeordnete Georg Nüßlein, die allem Anschein nach eine nicht unwesentliche Rolle in der aktuellen CDU-Maskenaffäre spielen. Nach Presseangaben soll Löbel eine Provision von über 200 000 Euro und Nüßlein von über 600 000 Euro für diesen Deal erhalten haben. Mit Affären kennt sich die CDU über die letzten Jahrzehnte doch bestens aus. Dafür verbürgt sich das eine oder andere CDU-Mitglied schon einmal ganz schnell mit seinem Ehrenwort.

Bei meiner Anfrage vom 15. Mai 2020 mit dem Titel „Beschaffung von Schutzausrüstungen im Ausland“ stellte ich folgende Frage: „Ist es für den Senat ein normaler Vorgang, wenn durch den nicht mehr amtierenden Ortsamtsleiter in Blumenthal Herrn Peter Nowack, SPD, gemeinsam mit anderen Privatpersonen und Unternehmen 700 000 Schutzmasken und 250 000 Schutzanzüge im Ausland im Wert von circa 6,2 Millionen Euro bestellt werden und der Senat dafür in Vorkasse geht? Wer hat diese Verhandlungen mit wem geführt und gibt es hier eine schriftliche Vereinbarung?“

(Glocke)

Nach dem Bekanntwerden der Maskenaffäre um Löbel und Nüßlein soll die Bürgerschaft jetzt vielleicht endlich einmal nachhaken, ob im Fall Nowack Provisionen und vor allem an wen und in welcher Höhe gezahlt wurden. – Vielen Dank, sehr geehrte Damen und Herren!

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thomas Jürgewitz.

Abgeordneter Thomas Jürgewitz (AfD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Weltfrauentag, die FDP schon im Wahlkampf. Auch ich grüße die Frauen, zumindest die, die sich noch als solche fühlen.

Zurück zum Thema Panikpandemie. Zurück das Ganze, lockermachen, oder ein Abendessen mit Jens Spahn mit ohne Maske. Vor zwei Wochen war die Zahl 35, der Inzidenzwert 35, das Maß aller Dinge, andere wollten sogar einen Wert von zehn, nun soll es Lockerungen schon zwischen 50 und 100 geben.

Warum machen Sie sich nun plötzlich locker? Sie haben Angst vor denen, denen Sie seit einem Jahr Angst machen – dem Volk, dem Wahlvolk. Wahlen stehen in den Ländern an, im Bund und ihre Zustimmungswerte fallen fast so schnell wie diese Anfang 2020 gestiegen waren. Die CDU fällt von fast 40 auf 32 Prozent, ein Gesundheitsminister macht sich täglich lächerlicher, ein Lauterbach wird unlauterer denn je. Das Ganze geht den Lauterbach herunter und bleibt an einem Spahn hängen.

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Aschermittwoch ist doch schon vorbei!)

Ja, es war bisher eine Win-win-Situation für Sie, die Sie regieren. Sie bekamen nicht nur Zustimmung, die sich bei den Wahlen auszahlen sollte, ja, noch besser, einige Abgeordnete verdienten sogar noch prächtig mit. Oder die CDU-Spendengala von Jens Spahn, jeder gibt 9 999 Euro, damit es nicht öffentlich wird, mit ohne Maske, aber verschleiert.

Aber damit kommt es nun richtig dicke, glaubt man zumindest dem Sturmgeschütz der Demokratie und das tun wir ja alle gern. Danach haben bis zu zwei Dutzend Politiker der Regierungsparteien prächtig an der Coronamaskenhysterie verdient. Bleiben wir bei den bisher zwei bekannten Fällen, beide aus der Merkel-Fraktion. Oligarchen wären sie bei Putin, die Medien sprechen hier von Korruption, Vetternwirtschaft. Da haben sie ein richtiges Nüßlein zu knacken.

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Putin ist Ihnen doch eigentlich ganz nah!)

Ja. Zwei Bundestagsabgeordnete kassieren laut Presseberichten offensichtlich sechsstellige Beträge als Provisionen im Rahmen der Coronaregierungsmaskerade. Der eine, sogar ranghoher, gut bezahlter Vizefraktionschef der CSU, laut Presse circa 660 000 Euro, die er zudem nicht versteuert hat. Der andere, ein CDU-Mann aus Mannheim, heute, gerade eben aus der CDU ausgetreten, 250 000 Euro, die er als übliche Provision bezeichnet. Löbel, Löbel, da wird mir öbel, denn der saß auch noch im Gesundheitsausschuss.

Welche üblichen Provisionen fließen dort eigentlich noch? Ich frage mich, wenn diese Kriegsgewinnler als Lobbyisten der Maskenindustrie im Viruskrieg keine Skrupel haben, das deutsche Coronavolk zu betrügen, wer hält dann bei der Beschaffung der Millionen Schnelltests als Regierungslobbyist die Hände auf, in Berlin oder viel-

leicht auch hier in Bremen? Wer sind die 22 anderen vom Spiegel noch nicht namentlich enttarnten Abgeordneten? Was kommt da noch auf uns zu?

Das alles sind keine Spekulationen, keine Einzelfälle, Herr Röwekamp, sie beweisen, es gibt weitere enttarnte Lobbyisten in der CDU. Philipp Amthor: Luxusreisen, einen Direktorenposten, Aktienoptionen. Karin Strenz als bezahlte Lobbyisten einer Scheindemokratie. Eduard Lintner, dieser soll gleich vier Millionen Euro aus Aserbaidschan gewaschen und an viele Politiker weitergeleitet haben. Ganz frisch, der Bundestagsabgeordnete Axel Fischer, natürlich CDU, unter Korruptionsverdacht, ebenso wie der CDU-Abgeordnete Hans-Jürgen Irmer steht ebenfalls in Verdacht.

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Steht das alles in der Coronaverordnung?)

Der 100 000-DM-Koffer von Schäuble

(Glocke)

wartet noch heute auf die Klärung seiner – –.

Präsident Frank Imhoff: Herr Abgeordneter Jürgewitz, wir reden hier über die Coronapandemie und ich bitte Sie, darauf auch Bezug zu nehmen.

Abgeordneter Thomas Jürgewitz (AfD): Das tue ich, das hat alles damit zu tun, Herr Präsident.

(Unruhe)

Der Koffer von Schäuble wird heute noch gesucht.

Nun bei der CDU ist es wohl nur ein Nüßlein, aber wohl kein Problem. Amthor wurde gerade als Spitzenkandidat in seinem Bundesland auf Listenplatz eins gewählt.

(Glocke)

Schäuble, trotz seiner Vergangenheit, unglaublich aber wahr, immer noch staatstragend. Da hat die Bremer CDU ja richtig Glück, dass man sie hier in Bremen nicht mitregieren lässt. Aber Herr Röwekamp ist ja bald in Berlin, da kann man gespannt sein und fortan gilt sicherlich auch dort das Motto: „Genieß auch du die Vorzüge der CDU!“ Und seien es auch nur zwölf Cent pro Maske. – Danke schön!

Präsident Frank Imhoff: Bitte setzen Sie Ihre Maske auf!

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Regierungserklärung des Senats Kenntnis.

Beteiligung der Bremischen Bürgerschaft beim Erlass von Coronaverordnungen – Zweite Verordnung zur Änderung der 24. Coronaverordnung
Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsausschusses vom 5. März 2021
(Drucksache [20/858](#))

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Thomas Jürgewitz.

(Zuruf Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Maske über die Nase!)

Abgeordneter Thomas Jürgewitz (AfD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das war der erste Streich, doch der zweite folgt so gleich.

Herr Röwekamp, es ist schon erstaunlich, welche Weisheiten Sie hier in Ihrer Rede verkünden, letztlich waren es alles Allgemeinplätze. Sie kritisieren und verstehen vieles nicht, was die CDU in Sachen Corona zum großen Teil zu verantworten hat. Ihr Schlüssel gegen die Pandemie ist das Impfen. Ich sage, der Schlüssel ist das Grundgesetz, die Grundrechte der Bürger.

(Zuruf Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen])

Herr Röwekamp ist erstaunt über die hohen Belegungszahlen der Intensivbetten in Bremen, trotz der niedrigen Inzidenz hier in Bremen. Aber das, Herr Röwekamp, hat seine Gründe. Fragen Sie, das war schon kurz Thema hier, Herrn Wieler oder fragen Sie die Gesundheitsminister in der Schweiz oder in Österreich. Ursache für die hohen Belegungszahlen der Intensivstationen ist der Migrationshintergrund.

(Unruhe SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Und das sind keine Halbwahrheiten, wie das verkündet worden ist. 70 Prozent in der Schweiz, 60 Prozent in Österreich.

Themenwechsel: Schnelltests – aktuell der Renner in den Nachrichten. Jeder sollte sich am besten selbst testen, täglich, besser stündlich. Tatsache ist, Schnelltests sind ungenau, Fehlerquote 30 Prozent sagen Ärzte.

(Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU]: Bei Ihnen ist die Fehlerquote 100 Prozent.)

Bremerhaven: Beispiel das Schiff Odyssee, das gerade dort liegt und ausgerüstet wird, welch passender Name für die ganze Coronageschichte Odyssee. Drei Besatzungsmitglieder auf der Odyssee wurden positiv mit Schnelltests getestet, darauf folgte Quarantäne für das ganze Schiff, die Arbeiten wurden eingestellt. Zum Glück waren die Tests, alle drei, fehlerhaft und am Tag darauf konnten die Arbeiten am Schiff weitergehen, wahrscheinlich bis zum nächsten Schnelltest. Genau! Meldung heute: fünf neue Fälle, das Schiff liegt wieder an der Kette, wahrscheinlich bis Mittwoch.

Die Fehlerquote gilt aber auch für negative Ergebnisse. Welche Aussagewerte haben also diese Tests. Schon allein durch die fehlerhaften Ergebnisse der Schnelltests steigen die Inzidenzzahlen. Die „FAZ“ schrieb am 6. März, Zitat: „Massentests können Öffnungen gefährden! Wenn täglich Millionen Schnelltests durchgeführt werden, gehen Politiker und Wissenschaftlicher von einer steigenden Inzidenzrate aus.“ – Na bitte!

Das ist politisch offensichtlich wieder gewollt. Es ist eine Möglichkeit, diesen Wahnsinn weiterzuführen.

ren. Sie wollen, dass das Volk weiter im Ausnahmezustand ist und Sie es umerziehen können. Da nehmen Sie die Nüßleins, die Löbels, die Irmers, die Strenz, Fischers, die Lintners und ihren Lauter-Spahn gern als Kollateralschaden in Kauf. Wir freuen uns auf Ihre nächste Coronaspendengala, dieses Mal mit Schnelltests und jetzt können Sie klatschen. – Danke schön!

(Abgeordnete Sascha Karolin Aulepp [SPD]: Wir können es auch lassen! – Abgeordneter Dr. Magnus Buhler [FDP]: Ich würde gern einmal etwas ganz anderes tun, aber das dürfen wir hier nicht. Fängt auch mit K an!)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Tagesordnung für diese Sondersitzung angekommen. Ich bedanke mich recht herzlich für die Debatten und wünsche Ihnen einen guten Tag!

(Schluss der Sitzung 16:15 Uhr)